DIE VERTEIDIGUNG MUSS VERTEIDIGT WERDEN !
Es sprechen u. a.: Rechtsanwalt Heinisch, Rechtsanwalt Dr. Hoffmann,
Rechtsanwalt Schily, Prof. Wesel
DIENSTAG, den 19. Oktober in der TU AUDI MAX 19.30 Uhr

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 128

18.10.76 WÖCHENTLICH 3. JHG. 0,50 WB/0,70 BRD

APRIL IM OKTOBER

musik im vertrieb der musiker **M**

22. Okt. '76

„NEUE WELT"
HASENHEIDE

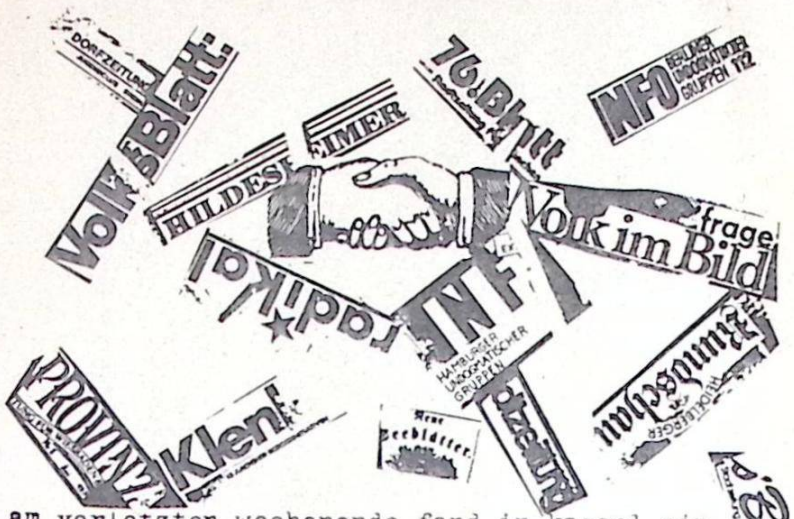
19.30
(EINLASS 18.30)

8.–DM
EINTRITT

veranstalter:
kollektiv kutte komm rin
stadtteilkneipe kreuzberg

kartenvorverkauf:
kinos:
colonna, notausgang, klick,
kantkino tali, bali filmkunst 66
kneipen:
podium, spectrum, jodelkeller
diskotheken:
sloopy, pop in, dachluke
nurmusik-laden, dresdener str. 125
buchladenkollektiv savignyplatz
politisches buch lietzenburger str. 99
jugendclub moabit, ratenower str. 7
und (mit 15 % aufschlag)
bekannte konzertkassen

Die Zeitungshyäne.



am vorletzten wochenende fand in kassel ein treffen der westdeutschen und westberliner lin en alternativzeitungen statt. anwesend waren vertreter von c.a. 4o verschiedenen publikationen, aus berlin info-bug und radikal. das treffen sollte eine fortsetzung der diskussion und praktischen zusammenarbeit sein, die sich auf und seit dem aachener alternativzeitungstreffen im sommer entwickelt hatten.(siehe info 114). ein schwerpunktthema war der schon in aachen beschlossene solidaritätsfonds zur unterstützung bedrohter blätter etwa bei beschlagnahmen oder anderen aktionen des staatsapparats. bei der diskussion dieses fonds kamen die unterschiedlichen positionen einerseits der "volksblätter" (z.b. kölner volksblatt, klenkes aachen, wat löppt wuppertal ua.) und der "stadtzeitungen" (von den volksblatt-genossen gern als "scene-blätter" bezeichnet). die volksblattvertreter waren ziemlich mißtrauisch, was den fonds angeht, sie hatten wohl das gefühl, die kohle könne in falsche hände geraten, z.b. bei zeitungen landen, die mit von vornerein beschlagnahmeverdächtigen artikeln ins offene messer laufen. hier drängte sich bei uns der eindruck auf, daß diese zeitungen die neuen zensurparagraphen, die in letzter zeit verstärkt angewendet werden, bereits in selbstzensur umgewandelt haben. (oder geht es darum, den "politischen normalbürger", dieser fiktion, der sie sich ja verschrieben haben, im gegensatz zum "sponti-scene-linken" -der ja bekanntlich gesellschaftlich total isoliert ist- nicht zu erschrecken?? na ja - der fonds besteht jedenfalls und wird sicherlich nicht in konterrevolutionäre hände fallen und sei es auch nur, daß er mal einem bedrängten volksblatt zugute kommt.
ein weiterer wichtiger punkt in kassel war die überregionale zusammenarbeit auch in bezug auf die inhalte der zeitungen. es wurde beschlossen, von zeit zu zeit ein schwerpunktthema überregional zu behandeln, ein durch delegierte vertreter erarbeiteter artikel, zu dem alle zeitungen durch versendung von artikeln beitragen können, soll wörtlich zum gleichen zeitpunkt erscheinen, ergänzt durch jeweilige kritische einschätzungen und lokale zusätze. das erste schwerpunktthema: kernkraftwerke. der artikel wird im dezember erscheinen. auch der gemeinsame abdruck des artikels über das hamburger kinderhaus (s.u.) wurde beschlossen.
neben den rein sachbezogenen kontakten ergaben sich auch eine menge anderer möglichkeiten, sich kenenzulernen und erfahrungen auszutauschen. (info-bug grüßt blatt,id, fragezeichen, die freiburger stadtzeitung, die provinz und besonders die netten gastgeber von der kasseler stadtzeitung, die anzünder aus gießen, ach eigentlich alle), es wurde ziemlich viel unter 4,6,8,1o ar-

gen beredet im kleinen kreis. auch gabs ein duftes fest, unser stresemann ist völlig ausgeflippt beimabtanzen der nostalgieplatten. noch hinreißender war es anzusehen, wie bei den scherben-songs die volksblatt-fäuste in die höhe flogen (das tut ihr wohl vor euern lesern nicht, oder?!) und auch die ideologische distanz zur graswurzel-revolution oder gar zum grünen zweig (als außenseiter unter den anwesenden der letzte hippy westdeutschlands - einige suchende wußten gleich: das ist unser mann) fiel an diesem abend nicht so sehr ins gewicht.

uns info-buggies eilte unser ruf voraus: anscheinend hatten einige erwartet, daß wir in rockerkleidung und mit fahrradketten und mollis bewaffnet anrücken würden. wir gingen so gut wie möglich gegen den mythos an, wir hätten alle die doppelmitgliedschaft bei info-bug und 2. juni. dies trifft nämlich nicht zu. wir bestreiten das aufs entschiedenste (weiteres siehe seite 2). was wir allerdings nicht leugnen können, ist daß es in kassel einige kontakte und diskussionen mit leuten der radikal gegeben hat. wir können zwar nicht sagen, daß dadurch alle unklarheiten über radikal bei uns ausgeräumt sind, aber wir werden uns in kürze mal zusammensetzen um mal etwas ausführlicher zu reden. auch das als ergebnis des kasseler treffens.
es geht weiter. ein neues zeitungstreffen in hannover wurde für januar vereinbart.

info-bug

BÜRGERINITIATIVE WESTTANGENTE

BIW BERLIN

Büro 1 1000 / 62
Cheruskerstrasse 10 / I

Am 2o. okt. 76. um 2o Uhr findet im ev. Bildungswerk Berlin -Haus der Kirche- Goethestr.28, looo Berlin 12 eine DISKUSSION zwischen den Anwesenden, Vertretern der Berliner Bürgerinitiativen und dem Senator für Bau- und Wohnungswesen Herrn Ristock statt.

DER VERPLANTE BÜRGER

Es geht um das sogenannte Bürgermitwirkungsmodell der Senatsbauverwaltung. Dieses Modell wird von den Bürgerinitiativen als ein Versuch angesehen, die Aktivitäten der Bürger zu kanalisieren. Die Bürgerinitiativen werden ihre Erfahrungen mit der Verwaltung und dem Bausenat schildern und einige Gedanken zur wirklichen Mitbestimmung der Betroffenen vorstellen.
Dies ist die erste gemeinsame Veranstaltung fast aller Berliner Bürgerinitiativen und es ist schon aufgrund der Thematik eine heiße Diskussion zu erwarten.

Wie klar ist der INFO bzw. Sponti-Himmel

Wie klar ist der Info-Bzw. Sponti-Himmel?

Genossen, das Info ist in das Fadenkreuz polizeilicher Maßnahmen gerückt worden. Warum, das weiß letzten Endes nur der Staatsschutz bzw. die zuständige Staatsanwaltschaft zu sagen. Es werden - wie in der letzten Nummer bereits kurz skizziert - viele Gründe genannt; sie reichen von einer Beleidigung bis zur Unterstützung einer"kriminellen"Vereinigung. Um es vorweg klarzustellen, was hier von einem übermächtigen Sicherheitsapparat insceniert wird, spottet jeder Beschreibung, es ist ein absurdes Theater.

Denen, die sich anläßlich von sich häufenden Beschimpfungen der hiesigen Staatsorgane als deren Exponenten betroffen und "beleidigt" fühlen sei die Frage erlaubt, welche Bezeichnung man denn nun eigentlich wählen soll für eine Rechtsordnung, die es möglich macht, daß bewaffnete Mannschaften der Polizei in ein Gebäude (nämlich das SZ) eindringen, einige Leute beim Legen des Infos antreffen, kurz mal in die Nummer reinschauen und ein paar Minuten später auf der Grundlage eines mündlichen Beschlagnahmebeschlusses die ganze Auflage einkassieren? (Die StPO-Reform macht's möglich). Wie soll man denn verantwortliche Senatoren und Minister bezeichnen, die für Knastbedingungen verantwortlich sind, die zu einer nicht mehr abreißenden Anzahl von sog. Todesfällen geführt haben? (Der letzte liegt nur einige Tage zurück). Wir werden es jedenfalls auch künftg ablehnen, den Begriff "Selbstmord" dort zu verwenden, wo es eigentlich darauf ankommt Zustände in den Knästen zu beschteiben, die vielen Leuten gar keine andere Wahl mehr lassen als den Galgen. Und weiter, welcher Begriff ist denn nun der treffende für einen Prozeß der technischen und institutionellen Vervollkommnung einer Militär- und Polizeimaschine wegen angeblicher Terrorbekämpfung, wenn eben die Verantwortlichen des Ausbaus dieser Unterdrückungsmaschine keine aber auch keine einzige Gelegenheit auslassen, sich der Kumpanei mit allen Terroristen im Gewande von"Staatsmännern" der Kategorie von Pinochet bis zum Schah von Persien zu versichern?

Als wir vor kurzem auf der Messe "Partner des Fortschritts das dort von den deutsch-chilenischen Nazis verteilte Propagandamaterial durch eigene Aufklärung ergänzen wollten,wurden wir - wie bereits an dieser Stelle berichtet - unter Anwendung polizeilichen Zwangs versteht sich, vom Ort dieser für Neubauers Horizont sicherlich unerhörten Tat alsbald entfernt. Wie darf, soll, kann man das eigentlich bezeichnen, Ohne nun den Staatsschutz gleich zu einer Beschlagnahmeaktion herauszufordern. Wenn schon §88a mit der Staf androhung für alles, was irgendwie "Gewalt" zu rechtferti - gen geeignet ist, wenn schon den ganzen Katalog der Strafgesetze, die gerade im Bereich kriti - scher Publizistik geeignet sind, nahezu alles zu kriminalisieren, was sich heute an tatsächlich oppositionellen linken Strömungen Gehör zu verschaffen sucht, wenn also schon die Stillegung des kritisch-radikalen Gedankens beabsichtigt ist, warum dann nicht mit aller preußisch-sozialdemokratischen Konsequenz? Den Linken so das Maul stopfen, daß sie es bis zum Ende des Jahrhunderts nicht mehr öffnen werden, die Sonthofener Perspektive also in Berlin? Unsere Erfahrungen jedenfalls zeigen, daß in Berlin ein gutes Stück dieser Entwicklung schon vollzogen zu sein scheint. Es ist schon ein seltsames Erlebnis, wenn man ein Informationsblatt Produziert, von dem man irgendwie annehmen muß, daß es zum "Abschuß" freigegeben ist. Da erfährt man vom Zeitungshändler, daß er den Info-Verkauf einstellen muß, da man ihm von gewisser Seite mit der Überprüfung seiner Gewerbeerlaubnis gedroht habe. Wo oder wie auch immer man sich in den Zusammenhang der Info-Produktion begibt, fängt man an, ein Bewußtsein zu entwickeln, als befinde man sich schon im fortgeschrittenen Stadium eines illegalen Widerstandskampfes. Und dies alles nur, weil wir uns vorgenommen haben, einmal in der Woche das zu einem Blättchen zusammenzukleben, was die Spontigruppen oder -individuen an Ideen und Überlegungen hervorbringen. Dieser Zynismus der Berliner Verhältnisse ist aber sicherlich nur die eine Seite unserer Situation.

Die andere bilden wir selbst. Wenn wir eines geschafft haben in den letzten Jahren, dann ist es dies, mit fast allem, was wir mit dem Info ursprünglich wollten in,Widerspruch geraten zu sein. Wir hatten mal vor, mit dem Info die Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen zu organisieren, die der Tendenz einer Borniereung auf ihren Betriebs- Stadtteil- oder Unibereich ausgesetzt waren. Hier sollte angesetzt werden. Die vielen Versuche, irgendwo was aufzureißen, sollten nicht mehr undiskutiert in der Versenkung bleiben, sondern jeder Schritt sollte für alle Interessierten durchsichtig gemacht werden. Alle sollten lernen können. Diese Konzeption ist von vielen Genossen einfach nicht begriffen worden. Eine Zeitung, die keinen anderen Anspruch hat, als der Spiegel einer Bewegung zu sein, kann natürlich nur Stagnation zum Ausdruck bringen, wenn es diese Bewegung nicht gibt, oder nicht mehr (noch nicht) gibt. Dieses im Grunde konsequente Prinzip ist von vielen einfach nicht akzeptiert worden. Man ist eben auch als Linker (oder soetwas ähnlichem) daran gewöhnt, sich linke Zeitungen zu kaufen und zu konsumieren. "links", "Exress", "Langer Marsch" Arbeiterkampf", Chile- Portugal- Spanien- Italien- Afrika- Gewerkschafts- Antirepressions-Broschüren, -analysen und -reportagen stehen heute geradezu tonnenweise dem linken Konsumenten zur Verfügung, so daß wir fast immer mit gutem Gewissen darauf verzichten konnten, nun von uns aus die Bewegung im Weltmaßstab aufzugreifen und mit besonderen Einschätzungen abzudecken. Aber genau dies war, wie wir oftmals erfahren konnten, der Wunsch vieler Genossen. Häufig wurden die unsinnigsten Vergleiche angestellt zwischen den Info-Inhalten und anderen mehr oder weniger "vorbildlichen" Blättern, Vergleiche, die wir nie gesucht haben und bis zum heutigen Tage ablehnen.

Sicherlich ist diese radikale Öffnung für alle Probleme von der GEW über Chile bis zu den Softis und zurück mit zum Teil großen Problemen verbunden gewesen. Das erste und sicherlich wichtigste ist dabei, daß das Info bis zum heutigen Tage einen stark reaktiven Charakter hat, das will sagen: immer nur, was schon be-

schlossen oder gar passiert war, fand einen Niederschlag. Als Spiegel der Naturwüchsig - kett unserer Bewegung oder unserer Stagnation haben wir uns eigentlich in den seltensten Fällen subjektiv verhalten, d. h. Material - sammlungen und Zusammenfassungen produziert, die etwa die Reaktion auf bestimmte Konflikte hätte vorher strukturieren können. Oft hat das Infobis hin zur Eintönigkeit bestimmten Bereichen (etwa der Repression im Knast) so viel Raum gewidmet, daß andere Konfliktfelder völlig aus unserem Blickfeld zu geraten schienen. Dies nun wiederum forcierte eine Dynamik, die das Info zeitweise in eine echte Isolierung zu trei ben schien. Besonders die Hungerstreikkampagne der RAF- Genossen und die begleitende Dokumentation und Berichterstattung über die Prozesse und die Vorfälle in den Knästen hatten für uns mindestens einezweifache Konsequenz, nämlich

verantwortlich isdp: rosa levine, 1 berlin 21, stefanstr. 6o. tel.: 395 8o 83 (nur sonntag ab 17 uhr anrufen). redaktionsschluß: freitag 18 uhr, für anzeigen (kostenlos) sonntag 2o uhr. abos: 1o wochen im voraus - 15 mark auf die bank für gemeinwirtschaft, konto republikanischer club e.v. info-bug nr. 1oo 47 o4 3o6, bankleitzahl: 1oo 1o1 11, kennwort: info-abo, bzw. info-SPENDE (gern erwünscht absender nicht vergessen!
das info wird montags ab 17 uhr per hand zusammengelegt. druck: agit auflage: 24oo

erstens die einer manchmal totalen Ausblendung anderer Bereiche, was wir allerdings subjektiv nie wollten, sondern was sich eher als natürliches Resultat unserer Praxis entwickelte; zum Zweiten geriet das Info in eine zum Teilabsolut sinnlose - im Übrigen garnicht von uns angestrebte Auseinandersetzungen mit den Sicher - heitsapparaten, die ausgerechnet in uns nun endlich den "legalen Arm" der Weltguerilla entdeckt zu haben schienen.

Da wir das aber nicht sind,(wichtige Information: nicht weitersagen) und darüber hinaus mit den verschiedenen Volkskriegs- Guerillakonzeptionen mit ihren bekannten Verkürzungen (hier: faschistischer Staatsapparat - dort: unterdrücktes "Volk"- deshalb: Aktualität des militärisch organisierten Widerstandes) auch oft genug noch in direktem Widerspruch stehen, ist unsere Situation tatsächlich nicht frei von einem gewissen Maß an Schizofrenie: ein Blatt, dessen "Programm" es sicherlich immer war, eben nicht in jedem dritten Satz die Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Organisierung der proletarischen Revolution zu beschwören, und für diese konstante Beschwörung eben nur immer neue Sprachformeln zu finden, sondern sich erstmal auf das zu konzentrieren, was sozusagen unterhalb der "heroisch kämpfenden Volksmassen" vor sich geht, ist nun seinerseits dabei, in die Illegalität gedrängt zu werden. Sollte die Produktion und das Lesen des Info ursprünglich gerade alles verhindern, was mit der sektiererischen Einordnung in bestimmte Schubladen zu tun hat, so läßt sich inzwischen eine Entwicklung absehen, an deren Ende derjenige, der es produziert und verkauft, mit dem Vorwurf, kriminelle Vereinigungen zu unterstützen(Was auch immer das ist) konfrontiert ist, während derjenige, dem es gelungen ist, vor der Beschlagnahme noch ein Exemplar zu erwischen sich fühlen darf, als habe er sich soeben einer Knarre bewaffnet, d.h. die noch lega Positionen der politischen Auseinandersetzu bereits verlassen. Diese Schizofrenie marki einen Zustand, in dem wir, vielleicht etwas überspitzt ausgedrückt, von Woche zu Woche vor neue Identifikationsprobleme gestellt sin Wie das jüngste Beispiel der Nummer 125 zeigt, ist nicht nur der Inhalt der jeweils nächsten Ausgabe offen, sondern auch die Tatsache, ob und wie sie produziert wird steht keineswegs von vornherein fest; eine sicherlich denk - würdige Entwicklung, wenn man an die "geordneten"Bedingungen denkt, unter denen andere Zeitungen erscheinen.

Die ganze Situation ist aber von einem Doppelcharakter gekennzeichnet, der uns in nächster Zeit bestimmte Entscheidungen zur Frage der Struktur des Info einfach aufzwing Einerseits läßt sich feststellen,daß die ga Widersprüchlichkeit, die schon in der Konze tion des Info unter den gegenwärtigen Verhä nissen, unter denen die Sponti-Linke lebt, kämpft etc., langsam begriffen wird. Es mehren sich die Anzeichen, daß die Leute, die sich noch mit dem Info-(Anspruch) auseinandersetzen, langsam begreifen, daß sie von uns nich nicht erwarten können, was sie selbst nicht mitaufreißen. Das ist sicherlich eine der wichtigsten Erfahrungen, die es festzuhalten und zu entwickeln gilt. Das Info muß mehr als je zuvor Erfahrungen aufgreifen. Wir alle haben noch verdammt viel zu lernen, wenn es irgendwann gelingen soll, die Gräben zwischen "uns" und der Bevölkerung zuzuschütten. Andererseits haben wir selbst erfahren können oder müssen, daß unser Anspruch an die Naturwüchsigkeit, also Spontaneität, dieser Entwicklung gegen - wärtig zu hoch gesteckt ist. Einige Gruppen, besonders die festgefügten, auf dem Boden ei ner klar umrissenen Programmatik stehenden Gruppen, haben zu dem Info eine Art Benutzun verhältnis entwickelt, was sich in der Erwar tung ausdrückt , daß wir die Erklärungen, Ei schätzungen etc abdrucken, die anderswo nicht erscheinen können oder abgeblockt werden. Wir haben an diesen Punkten zu oft unsere eigenen Bedürfnisse und Vorstellungen undiskutiert beiseitegeschoben. Zu oft wurden die Probleme an der Frage festgemacht, ob dies oder jenes wohl von den Bullen aufgegriffen wird und eine Beschlagnahme droht oder nicht. Zu oft haben wir einem gerade in Berlin sich ausbreitenden Sponti- und Stadtguerilla-Dogmatismus um der publizistischen Solidarität willen nachgegeben. (Man denke nur an die Schmückergeschichte oder die grauenhaften Auseinandersetzungen um den Boykott dieser oder jener Kneipe etc.) Hier sind bis zum heutigen Tage gefordert, haben aber einfach nicht fertiggebracht , dieser A forderung an uns zu begegnen, was dann wiede zu der beschissenen Situation führte, daß ei zelne von uns einfach kommentarlos ausstiege und andere Genossen ohne auch nur ein Wort ü ihren Schritt zu verlieren, dazukamen und dar auch regelmäßig mitmachten. Diese Dynamik, di natürlich Voraussetzung und Folge der Unzulänglichkeiten des Infos ist, hat bisher eine ausdiskutierte Info-Perspektive, bzw. eine Gruppe, die eine solche Diskussion hätte bis zu benennbaren Konsequenzen hin durchziehen können, garnicht erst entstehen lassen. Das heißt, der Prozeß der Herausbildung einer Info-Redaktion, die sich an einem politisch faßbaren Verhältnis gegenüber der im Info repräsentierten Öffentlichkeit festmachen ließe, ist über Anfänge nie hinausgekommem(was wie oben beschrieben ja sicherlich auch eine starke Seite des Infos war und ist). Diese Situation hat aber auch dazu

geführt, daß viele zweifellos konsequent ar - beitende Initiativen, mit denen wir gerne Kommuniziert hätten, sich distanzierten und ab - dichteten, weil sie ihrerseits nicht ausmachen konnten, mit welchem Anspruch, welcher Position und am Ende mit welchen Genossen sie es beim Info eigentlich zu tun haben würden. Diese Schwierigkeiten haben wir bis zum heutigen Tage nie recht begriffen. Wir haben damit einer naturwüchsigen Zu - oder Abneigung freien Lauf gelassen und damit von der Scene der unabhängig arbeitenden Initiativen jedenfalls spätestens seit der Auflösung des Mittwochsplenums ein schiefes Bild gekriegt und dann auch nach außen vermittelt.

Dies wirft aber gleich ein zusätzliches Problem auf, nämlich, daß es bei uns nun schon seit längerer Zeit - im Gegensatz etwa zur Situation in Frankfurt - keine Struktur mehr gibt, die es uns möglich macht, uns über Fragen auseinanderzusetzen, die über das hinausgehen, was in den notwendig borniertem Bereichsinitiativen zu kurz kommen muß. Es gibt also keinerlei Verständigung der einzelnen Gruppen untereinander, was an Praxis gegenwärtig überhaupt möglich ist, welche neuen Erfahrungen es gibt (auf dem gebiet der Vermittlung etwa der kürzlich im Info erwähnte Multi-Media-Stand), und was wir alle zusammen aufgreifen müssen oder können, um wirksam zu reagieren. (Auf was gilt es gegenwärtig eigentlich zu reagieren? Welche Perspektive steckt in den Alternativprojekten? etc... (Man braucht hier nur an die Entwicklung unserer eigenen Zukunft zu denken. Z.Beispiel: strukturelle Arbeitslosigkeit, auch und gerade der Uniabsolventen. Es ist inzwischen hinreichend bekannt, daß Staat und Kapital mit linken Akademikern nichts im Sinn haben. Folge: Viele von uns sind "ar - beitslos". Das muß aber nicht heißen, daß wir in den Status der Beschäftigungslosigkeit zu - rückfallen. Genau diese "Alternativ"-Beschäftigung läßt sich auch gut organisieren; man könnte sie auch politisch sehr produktiv wenden!)

Hier kommt dem Info eine zusätzliche Aufgabe zu, nämlich diesen Rückstand an Kommunikation aufzufangen, also diesen Zustand der Bornierung wenigstens in Ansätzen zu überwinden. Auch dies stellt uns vor Probleme , von denen gegenwärtig unklar ist, wie sie unter den augenblicklichen Bedingungen der Infopro - duktion aufgegriffen werden sollen. Aus dieser in mehrfacher Hinsicht widersprüchlichen Situation müssen wir raus , denn sie stellt insgesamt einen stark hemmenden und unseren Radius stark einengenden Faktor dar. Als erstes sollten wir also versuchen, das unnötige Versteckspielen mit den Bullen zu beenden. Das Info lebt geradezu von seiner Durchsichtigkeit. Jeder soll die Diskussion, Produktion und Verteilung dieses Blattes verfolgen und sich daran beteiligen können. Wenn wir uns die Methoden der Geheimbünde aufdrängen lassen, dann ist es nicht mehr weit bis zu einer Abdichtung zwischen Info Produzenten und Info - Öffentlichkeit, eine Entwicklung, die zwangsläufig gerade den unverzichtbaren Teil des Info-Charakters zugrunderichtet. Unsere vielfältigen Erfahrungen, die wir möglichst öffentlich verarbeiten müssen, und das, was wir daraus zu lernen haben, vollziehen sich - darin gibt es hoffentlich Übereinstimmung - imm-er noch weitgehend auf dem Boden dessen, was legal zulässig ist. Wenn das nicht so wäre, brauchten wir kein Info mehr zu machen, sondern könnten gleich zur Knarre greifen. Also spricht auch nichts dagegen, das Info in vollem Umfang und allen Voraussetzungen (Presserecht etc...) zu legalisieren. Soweit die Kriminalisierungsversuche gegen das Info also seine juristisch unzureichende Organsationsform betrifft, sollten wir eine Änderun. vornehmen, deren Einzelheiten noch zu diskutieren sind.

Eine viel wichtigere Frage betrifft aber die der weiteren inhaltlichen Arbeit am Info und innerhalb der Spontilinken überhaupt. Wir selbst, die bisher garnicht genau definierbare, aber in ihrem "harten Kern" inzwischen existierende Gruppe der Info-Macher, sind im Grunde einer Entwicklung ausgesetzt, an deren Ende so oder so ein festerer Zusammenhang heraus - kommt. Das heißt, wir können sicherlich nicht auf die Dauer so tun, als gäbe es uns garnicht, und uns zum Träger einer reinen Widerspiegelung dessen, was die Scene so produziert, degradieren. Dies wird zur Konsequenz haben, daß wir uns untereinander über tragende Inhalte unserer Arbeit auseinandersetzen, und verschiedene politische Ansprüche benennen, die bisher meistens unausgesprochen geblieben sind. Klar ist auch, daß die für eine Veröffentlichung im Info vorgesehenen Texte intensiver als bisher zu prüfen und zu diskutieren sind. Unsere Erfahrungen lassen auch den Schluß zu, daß ein Magazin, so orginell, libertär und gleichzeitig seriös es auch redigiert ist, einen übergreifenden Spontizusammenhang nicht ersetzen kann, Wir werden also alle in eine Phase stärkerer Beschäftigung mit uns selbst, mit dem , was wir gegenwärtig machen, aber auch mit dem, was wir als Anspruch dauernd mit uns herumschleppen, eintreten müssen. Wir können die bestehende Isolierung gegenüber der Bevölkerung auch dazu nutzen, einen Teil unserer antiautoritären Dogmen zu überprüfen, uns danach zu fragen, warum eigentlich die Masse der Berliner mit uns genausowenig anfangen kann, wie mit den diversen ML - Haufen. Das Info-Problem ist auch ein Problem der Sponti-Scene, die , wenn man genauer hinsieht oftmals nichts anderes ,als di radikale Wiederauferstehung des bürgerlichen Liberalismus und Individualismus hervorbringt. Darin aber liegt absolut nichts mehr, was man als "subversiv" bezeichnen könnte. Das hat natürlich auch Rückwirkungen auf das Info, und dies zu verändern ist das Info sicherlich der falsche Adressat. Trotzdem sind auch gerade wir herausgefordert, uns konsequenter als Gruppe einzubringen als bisher. Was bleibt, ist die Erkenntnis, daß wir am (fürs) Info vor allen Dingem mehr arbeiten müssen.

Zum Schluß eine Bemerkung nach der Bundestagswahl: Auch wir sind mit unseren Hoffnungen schwer eingebrochen: die Wahlbeteiligung war nämlich so hoch, wie lange nicht mehr !!!!

Dieser Beitrag ist von einem Genossen aus der Info-Gruppe formuliert worden. Auf dieser Basis beabsichtigt die Redaktion auf ihrem nächsten Plenum eine Diskussion der Perspektive unserer weiteren Arbeit.

POLITISCHE MUSIK HEUTE
Konzert am 21.10. und Diskussion am 28.10

Oktober Schmetterlinge

(Konzert-Rock) (Madrigal-Rock)

21.10. NEUE WELT-HASCHE

19°° OKTOBER, SCHMETTERLINGE, ESG (HAMBURG) KOMMUNISTISCHER BUND (KB), SOZIALISTISCHES BÜRO (SB) IN HAMBURG, FRANKFURT UND WESTBERLIN

Wie in Kassel beschlossen, publizieren alle Alternativzeitungen eine Resolution des Hamburger Kinderhauses Heinrichstrasse

RESOLUTION

Der Verein Kinderhaus e.V., eine Hamburger Elterninitiative, hat total aus eigenen Kräften und mit einen hohem finanziellen Einsatz eine 500 qm. große Büroetage in mehrmonatiger Arbeit in einen Kindergarten für 60 Kinder umgebaut, der von allen beteiligten Behörden als geradezu "mustergültige Einrichtung" bezeichnet wird.
Der Hauptgedanke ist, eine praktische Alternative zu den herkömmlichen Kindergärten zu schaffen. In 4 Gruppen mit 10bis maximal 15 Kindern werden die Drei- bis Fünfjährigen von 8 Erzeihern
btreut
betreut, sodass hier Erzeihungsziele verwirklicht werden können, die anderenorts gute Absichten bleiben müssen: die Kinder sollen lernen, solidarisch miteinander umzugehen, dass die Schwächeren getsützt und gestärkt werden müssen und nicht das Faustrecht siegt. Das Recht zur Mitbestimmung und Selbstverwaltung wird von Eltern, Erzeihern und Kindern gemeinsam wahrgenommen.
Bereits vor der Eröffnung am 2. August 76 hat der gemeinützige Verein als Träger dieser Einrichtung die entsprechenden Anträge auf staatliche Unterstützung gestellt. Nach monatelanger Verschleppung reagierte die Jugendbehörde mit Absagen: sie will sich mit der "angespannten Finanzlage Hamburgs" weder an den Bau- und Investitionskosten beteiligen - obwohl sie selbst für eine Neueinrichtung ca. das 20-fache des vom Kinderhaus beantrgten Zuschusses aufwenden müßte - noch den Eltern den gesetzlich zustehenden Zuschuß zur Kindergartenunterbringung gewähren, obwohl der monatliche Pflegesatz im Kinderhaus weit unter dem in staatlichen Kindergärten liegt.
Das Kinderhaus-Heinrichstrasse erhält die sonst übliche staatliche Unterstützung nicht, obwohl es in der Hamburger Öffentlichkeit eine relativ breite solidarität fand: mehrfach berichtete Presse, Funk und Fernsehen über diesen Konflikt. Namhafte Schauspieler und Kinderbuchautoren führten Veranstaltungen für das Kinderhaus durch; Hamburger Musiker organisierten ein Wohltätigkeits-Rockkonzert, dessen Einnahmen (15 000 DM) neben zahlreichen Solidaritätsbekundungen und Spendem dem Kinderhaus voll zu gute kam.
Die Kritik an dieser Behördenpolitik wird in den verschiedensten Hamburger gesellschaftlichen Bereichen öffentlich geführt und reicht bis in die den Hamburger Senat tragenden Parteien hinein.
Ein wesentlicher Aspekt dieser behördlichen Sparpolitik: der Rechtsanspruch der Eltern auf einen Behördenzuschuß bei freier Wahl der Kindergarteneinrichtung soll hier offenbar exemplarisch eingeschränkt werden. Die behördliche Ablehnung wird damit erhebliche Folgen für alle anderen freien Träger haben.
Nachdem der Verein nunmehr 2 Monate publizistisch und politisch für die Interessen von 60 Kindern gekämpft hat, wird er jetzt auch juristisch gegen die Behörden vorgehen.
Die Prozesse werden natürlich einige Zeit in Anspruch nehmen, ehe ein rechtskräftiges Urteil vorliegt.

Das Kinderhaus wird diese Durststrecke nur mit breite Unterstützung bestehen können!

DIE VERSAMMELTEN SOLIDARISIEREN SICH UND RUFEN AUF ZUR MORALISCHEN UND BESONDERS FINANZIELLEN UNTERSTÜTZUNG des

Kinderhaus
Heinrichstraße 14a
2000 Hamburg 50
Tel: 040/43 30 49
KtoNr: 1 244446 1 bei BfG

SELBSTDARSTELLUNG EINER FAHRPREISGRUPPE

Wie Ihr schon vor kurzem lesen konntet, werden 1977 die Preise und öffentlichen Tarife kräftig erhöht. Dagegen etwas zu tun muß der Wunsch von uns allen sein. Um es nicht nur beim Reden zu belassen, haben wir uns zusammengeschlossen, umendlich mal wieder praktisch etwas zu machen. Wir sind sechs Genossinnen und Genossen aus Britz-Bukow-Rudow. Unsere Arbeit stellen wir uns zuerst als Informationstätigkeit vor. So stellten wir bereits Tausende von kleinen Klebern her, die wir in ganz Berlin verteilten, und die jetzt in U!Bahnen und Bussen, an Telefonzellen, Briefkästen und Bushaltestellen zu bewundern sind. In Zukunft wollen wir durch Straßentheater, Unterschriftensammlungen etc auf eine große Rotpunktaktion vorbereiten. Isolierte und schlecht zu vermittelnde Aktionen halten wir für beschissen. Unser Hauptziel ist es, viele Leute gegen die Fahrpreiserhöhungen zusammenzukriegen. Daher unsere Aufforderung an Euch, die Ihr frustriert und isoliert herumhängt: BILDET IN SCHULE, BETRIEB UND FREIZEITHEIMEN GRUPPEN GEGEN DIE PREISERHÖHUNGEN, SPRECHT MIT EUERN NACH - BARN UND BEKANNTEN!
Wer will im nächsten Jahr 1,3o DM für eine Busfahrt bezahlen, wer kann im nächsten Jahr die BEWAG, GASAG, und die Wassertariferhöhungen bezahlen? WIR NICHT !!!!!
Deshalb: WER SICH NICHT WEHRT, LEBT VERKEHRT!

KÄMPFT GEGEN DIE PREISERHÖHUNGEN, DIE UNS DAS LETZTE GELD AUS DEN TASCHEN ZIEHEN SOLLEN!

wir fänden es gut, wenn sich andere Fahrpreisgruppen zu unserem Artikel äußern würden und auch Selbstdarstellungen schreiben würden. - Auf denn ....

Spielvorschlag für Kindergärten und Schulen

In allen öffentlichen Gebäuden hängen die roten Fahndungsplakate aus. Wenn man sie abnimmt und die Pildchen mit oder ohne Namen abschxxixi

abschneidet (14) und auf Karton aufklebt, immer vier zu einer Gruppe zusammenfaßt und aus Zeitschriften u.a. noch Bilder ausländischer oder historischer Revolutionäre ausschneidet und kartonverstärkte Vierergruppen macht, so kann man damit Quartett spielen.

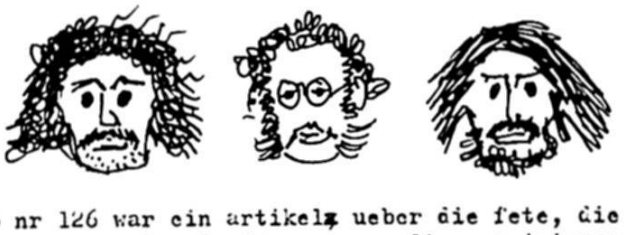
Ihr könnt die Vierergruppen ja auch benennen, also Schinderhannes, Störtebekker usw. wären "Freiheitskämpfer im Mittelalter", Vera Sassulitsch u.a. "Die schlimmsten weiblichen Staatsfeinde", auch die Münchener Räterepublikmitmacher Mühsam, Toller, Garut, Landauer sind ein hübsches Quartett usw.usw. ....

5 + 3 = 8

ODER:
DIE DURSTSTRECKE DES KREUZ=
BERGER KNEIPENKOLLEKTIVS
"KUTTE KOMM RIN"

wenn man dabei ist, so ein projekt wie die stadtteilkneipe "kutte komm rin" aufzubauen und sich umsieht, wo man dafuer solidaritaet und unterstuetzung bekommen kann, sein ich, kann man sich natuerlich hinstellen und sein programm verkuenden und darauf auch abfahren und dadurch die leute tatsaechlich ueberzeugen ... und dann kommts nachher mal wieder ganz anders.

besser ist, zu sagen, wer man ist.
noch besser, was man bisher gemacht hat. Wirsind:
zwei leute aus der berliner gegenkulturszene (thomas, monti), zwei aus der knast- und jugendarbeit (wolle, fleischi), einer, der betriebsarbeit gemacht hat und zur "neuen schule" geht (engel), einer aus der traditionsreichen dkp-familie (manni) - Unsere Lebensläufe:
ein architekt, der sich zum lederschneider ausbildete, ein halbgehangener reisemestriger student, spaeter kellner, lkw-fahrer und e-schweisser, beide seit eh und je beim waldetheater; ein ur-kreuzberger, nichtchristliche seefahrt, dann aktive jugend-/trebearbeit, offenbarungseid; ein abgebrochener fleischergeselle, knastarbeit, bumsbohner; ein fernmeldemonteur mit ml-vergangenheit, grossgeworden in nom kasseler jugendzentrum, neuerdings auf dem zweiten bildungsweg; ein anstreicher aus kohlenpott, rauschgiftscene, macht jetzt handwerkskollektiv (kfz) und strassentheater (walde).



im info nr 126 war ein artikel ueber die fete, die wir fuern 22.oktober in der neuen welt organisieren, heute wollen wir mal berichten, was wir seit der gruendung unseres kneipenkollektivs gemacht haben, welche fehler und welche fortschritte. das hilft euch wohl mehr, aufschluss ueber das projekt zu bekommen.

wir haben uns also vor einem halben jahr zu sechst zusammengetan, um ne grosse kneipe in kreuzberg zu machen. das erste grosse problem war die raumfrage. wir haben wochenlang jede moeglichkeit in unserem viertel (berlin 36) abgeklappert und sind jetzt an einem grossen schuppen dran, da passen 3oo leute rein, voll unterkellert (fuer werkstaetten und volksgefaengnisse), kostet 9oo miete und 13oo pacht, letztere entfiele, wenn man den laden kauft, fuer 34 ooo ist er zu haben. jetzt warten wir nur darauf, dass der besitzer erfolg mit seinem gerichtlichen vorgehen gegen den derzeitigen, nicht mehr erwuenschten paechter hat (keine angst, es werden keine unterprivilegierten an dieluft gesetzt).

das zweite problem ist natuerlich die kohle; da wir zuwenig startkapital haben, mussten wir uns ueberlegen, was besseres, als ein paar feten in der mensa ins auge zu fassen, fiel uns nicht ein.
die erste fete im juni wurde, finanziell jedenfalls, ein reinfall. obwohl wir uns die größte mühe gegeben haben, ne dufte band, tauschmarkt, filme und theater, blieben wir mit 77o mark im defizit. das hatte zwei gründe : wir w o l l t e n zwar die "poppies" ansprechen, die ja auch die spätere kneipe mitbevölkern sollen; aber irgendwie haben wir s nicht gebracht. das plakat war ne abgefahrene U-comix-story mit den freak-brothers; ein tauschmarkt ist schon für die drugstore-scene ein hoher anspruch; die straigthe terminplanung von hbo und tip haben wir natürlich mal wieder verschlafen....
der andere grund: für die scene gabs an dem frei tag noch zwei unerwartete alternativen: palästinenserfete im Audimax und Streikfete an der PH - es ist wirklich nicht einfach, auf der spontiscene Einnahmen zu machen. kamen also nur 35o leute, war die schönste fete, die ich je erlebt hab, aber eben ne pleite. wenigstens hat der hausmeister seine bereits erhaltenen 5o mark trinkgeld zurückgegeben, danke, herr müller !
Naja, jetzt versuchen wir es nochmal: die geplanten sommertermine (waldbühne, rehberge, lauter schöne träume---) sind ausgefallen, nicht wegen regen, sondern wegen unsicherheit. "wie schaffen wir es, normales publikum anzusprechen, müssen wir dann doch wieder auf die linke scene zurückgreifen? aber abgesehen davon: wir haben auch keine lust, ein rein kommerzielles konzert zu veranstalten, auch wenn wir da 1o ooo mark verdienen können ("also, 'craan' kostet 4 ooo, miete deutschlandhalle 1o oo weitere unkpsten 6ooo, macht 2o ooo. brauchen wir 2 ooo leute, die je 1o mark dafür hinlegen...") - sowas bringen wir vielleicht auch einfach nicht.

Am 22. versuchen wir das alles zusammenzukriegen. von den april-gruppen sind nur zwei politrocker; mit den andern beiden wollen wir normale leute erreichen. Die "scherben" hätten wir notfalls auch nur für uns selbst eingeladen. das waldetheater - da wird s noch intimer: Das muß einfach mal wieder auf die bretter, n stück leben und lieben auf die bühne bringen, ihr leben, unser leben....
die plakate sind geklebt. auch an vielen stellen, wo kein linker langläuftjürgen und anne vom grafikKollektiv Fachwerk haben es gut hingekriegt, nicht?
Der vorverkauf läuft. im spectrum ebenso wie im europa-center, in der dachluke nicht schlechter als im pop-in, im jugendclub moabit wie auch an "den bekannten Vorverkaufskassen".
wenn das haus voll wird, werden 2ooo leute 8 mark für diesen abend bezahlt haben. macht 16 ooo. davon sind 5 ooo unkosten, der rest wird zwischen der april-kooperative und dem kneipenkollektiv geteilt was heißt, dass beide projekte mit je 5 5oo unterstützt werden. theater gibts umsonst , den ausschank ist leider in fester hand des saalvermiet vielleicht bringt ihr euch selbst ne cola mit od kasten bier, nach dem motto: lieber gemütlich un warm (das ist jedoch kein boykottaufruf, lieber vom staatsschutz, mit freundlichen grüßen...!)
eine kalkulation, die mehr spass macht, als die oben geschilderte.
Jeder, der auf die fete kommt, legt also 3 (drei) deutsche mark für das Kneipenprojekt auf den Kassenteller (auch 3 für april, 2 für unkosten). Dafür will er natürlich erfahren, ob die typen vom kneipenkollektiv keine scheisse mit seinem taler bauen, das ist verständlich.
Damit kommen wir zum dritten problem: wie es unter uns selbst läuft. Denn daran kann man am ehesten erkennen, was es mit dem Fortbestand und dem erfolg des projektes auf sich haben wird. jeder von uns lädt sich damit immerhin einen soliden 8 - 1o-stundenjob im herzen des tiefsten

kreuzbergs, mit freibier zwar, aber auch mit 30 bis 60 zigarretten pro tag. und das für vielleicht 6000 mark netto. aber wenn es erst mal läuft, denk ich, kriegt man auch die kraft dazu.
bloss solange es noch nicht lief, da gabs durststrecken, die wir schlecht gemeistert haben. die einzige frau in unserer gruppe, fiel einer bedauerlichen, aber in unseren kreisen weit verbreiteten unart zum opfer:Sich in zeiten der unsicherheiten gegenseitig mit politischen und sonstigen ansprüchen anzumachen, unter druck zu setzen, um das eigene misserfolgsgefühl nicht so zu merken. moni war diesem spielchen nicht gewachsen und stieg aus. Monti brummte: " die wollte doch eh nur nen tanzschuppen draus machen!" Wolle ist mal wieder abgetaucht, Fleischi hat wohnprobleme, Engel ist sauer, weil wir nicht mal in seiner bude tagen, thomas erholt sich von allerlei liebesleid auf dem Land -"was heißt hier Nur - nen tanzschuppen? wir können doch froh sein, wenn wir erst mal n duften Tanzladden hinkriegen, dann haben die poppies doch schonmal n grund, überhaupt bei uns reinzugucken - warum sollten sonst normale leute zu uns kommen ?" poltert er mit am telefon.

Ja, das wird wohl der größte klops an der sache bleiben - die früheren Putteleute lehnen das projekt schon heute ab, weil sie es als linken insidertreff einschätzen.
stimmts, willi ?
Machen wir es bevölkerungsnäher, also konsum- und kommerzorientiert, wird die andere fraktion schelten. Ziehn wir mehr linke an vergraulen wir das volk. Machen wir ne heiße disco und ne beleuchtete tanzfläche, wird es den diskussionsfreunden zu laut werden. stellen wir die musik ab, werden uns die abfahrer wegbleiben.
wie mans macht, ist s falsch. und dafür sollt ihr dann auch noch 3 mark hinlegen, und später vielleicht nochmehr ! ihr seid nicht zu beneiden !!
Wir aber auch nicht. Denn:
Klar ist, dass wir die unterstützung der linken brauchen. Dass der laden nicht nur für die Linke, für uns da ist, ist auch klar, wir wollen ja mehr werden.
Nicht klar ist nur, für was wir uns bei wem entschuldigen soll.....
Also, bis zum Freitag dann !

ACHTUNG! ACHTUNG!
Wer mit den "Scherben" über SPD, über Geld, über Vergangenheit und Zukunft **reden** will, ist eingeladen, am DONNERSTAG 21.10. um 18^{00} in die Teestube des TOMMIHAUSES Wilhelmstr. 9 zu kommen.

Moabit-knast, am 7.. oktober 1976

an das siebente bestraf- und bevormundungskömmerlein des stadt- und landgerichts berlin
für den zerreißwolf des vorsitzenden, (nicht etwa mao, nein, nein) richter leschonski, der den illegalen prozeß gegen die gruppe bäckergasse führte; einzustampfen unter der kenn-nummer 507-95/75
(seit neuestem auch durch einen "beschluß" hervorgetreten, der das nächtliche wecken und blenden anordnet)

mein lieber herr richter,
hier gibt's einige bösewichter,
die lassen nicht schlafen des nächtens;
ist dies denn rechtens?
ein staat, der sich rechts nennt
und scheints keine schlafenszeit kennt;
da müssen wir doch bangen,
um die gleichbehandlung aller gefangenen;
bei der 100 % bewachung
ist diese lichtanmachung
doch eine farce,
na, das war's!

das volk ist durchsetzt von schweine-
hunden,
die die massen bevormunden;
sollte es mal einen ergreifen,
wird es auf 'manieren' und 'anstand'
pfeifen,
na, dann geht's dem schlecht
und das mit RECHT.

Whyl in Berlin?

Letzte Woche hat der Senat endgültig über den Standort des Kraftwerkes (KW) in Spandau beschlossen: es soll mitten im Tegler Forst stehen, am Oberjägerweg. Auch nach der zwei Tage später bekanntgegebenen neuen Verschiebung wird es mitten im Forst stehen.
Seit einem halben Jahr gibt es in Spandau eine (richtige) Bürgerinitiative gegen das KW. Ihre Argumnetation bezieht sich im wesentlichen auf folgende Punkte: neben dem, was ein KW sowieso mit sich bringt, ist es wichtig zu wissen, daß
- (fast immer Westwind!)
- die Luftverunreinigung nicht nur in Spandau sondern in ganz Berlin erheblich zunimmt.
- das KW zu einer weiteren Grundwassersenkung in Berlin führt, die eh im Jahr schon einen halben Meter beträgt. Das gefärdet nicht nur die Wasserversorgung, sondern v.a. auch den Baumwuchs. Das Naturschutzgebiet Teufelsmoor, das genau neben dem vorgesehenen Bauplatz liegt, trocknet mit Sicherheit aus.
- die Havel wird weiter aufgewärmt (Fischsterben etc.)
- mit Spazierengehen im Wald wird wegen des Mordskrachs, den das Ding macht, nicht mehr viel sein.
- das Hauptargument des Senats und der BeWaG (Schütz ist auch Aufsichtsratvorsitzender der BeWaG), nämlich daß ohne das neue KW in Berlin "bald die Lichter ausgehen", sticht nicht. Zum einene, weil die Kapazität der jetzigen Stromproduktion selbst in Spitzenzeiten noch 500 MegaWatt über dem Bedarf. Zum anderen genügten selbst für die BeWaG- Berechnungen Erweiterungen der schon bestehenden Kraftwerke. Zum dritten sollten die Überlegungen wohl vorrangig mal dahingehen, wie Energie einzusparen ist, anstatt durch ständige Werbung zu mehr Energieverbrauch aufzurufen.

Zum Verfahren von Senat und BeWaG

Der Streit zwischen SPD und FDP um die Standortfrage: Oberhavel oder Oberjägerweg sollte nach Meinung der Bürgerinitiative(BI) vom wirklichen Problem: KW oder gar keines, nur ablenken. Die Leute sind sauer, daß der Senat Sachen als Trostpflaster angeboten hat, auf die sie eh ein Anrecht haben: Verlegung einer Bauschuttanlage aus dem Zentrum Spandaus heraus, Fernheizung, Neues Sportzentrum, Oberstufenzentrum etc.
Senat und BeWaG wollen das Projekt in wahnsinniger Eile surchziehen: im Frühsommer erst wurde der Bau vergeben, die Kessel sind schon bestellt, Anfang Dezember sollen die ersten Bulldozer den Wald planieren. Es gibt kein einziges Gutachten über die Umweltbelastung.
Statt dessen gibt die BeWaG ständig neue und andere Zahlen über den Energiebedarf, über die Größe der abzuholzenden Waldfläche heraus. Nach Schätzungen der BI sollen anstelle der 35 ha (Bewag-Angabe) einschließlich Ver- und Entsorgungsanlagen etwa 1oo ha Wald gerodet werden.

Wer ist die Bürgerinitiative?

Auf dem Plenum am letzten Donnerstag wurden nochmal die Sachen angesprochen, die die BI bisher gegen den Bau unternommen hat: Infostände in Spandau und im Spandauer Forst, Organisierung von Waldspaziergängen zum vorgesehenen Bauplatz (was ganz wichtig ist, um die Örtlichkeiten vielen Leuten bekannt zu machen- wegen der geplanten Besetzung), Baumadoptionen, Gasmaskenaktion in Spandau, Plakate, Flugblätter, Rechsthilfefond, um mit gerichtlichen Verfügungen den Bau zu versuchen aufzuhalten. Wir waren dahingeschlppt, weil wir in der Zeitung vom endgültigen Baubeschluß gelesen hatten, und wissen wollten, was für eine Bürgerinitiative es da gibt.
Es waren etwa 60 Leute bei der Versammlung der BI. 3o-4o arbeiten relativ regelmäßig mit. Schüler(etwa ein Drittel), der Rest vorwiegend -so sah es jedenfalls aus- Angestellte, Beamte(Lehrer), Hausfrauen, Rentner. Die Macher sitzen in einem Koordinationsausschuß, der, so hatten wir den Eindruck, die Struktur des Plenums ganz schön bestimmte Trotzdem wurde über die weitere Vorgehensweis heiß diskutiert. Klar ist, daß alle für gewaltfreien Widerstand - in Anlehnung an Whyl - sind, d.h. bei Baubeginn Besetzung des Bauplatzes oder der Zufahrtswege. Das aber wollte nicht in den kleinen Kopf eines KBW'lers rein, der immer wieder zum 'Kampf' aufrief, von dem niemand so recht wußte, was es war. Später entpuppte sich der 'Kampf' als eine 'Kampfdemonstration zum Schöneberger Rathaus. (Der KBW'ler war am Donnerstag das erste Mal da, weil sein Kollege, der immer soufflierened neben ihm saß, zwei Wochen zuvor aus er BI ausgeschlossen worden war: Es gibt in der BI ienen Anti-Parteien-Beschluß, mit dem sie wohl verhindern wollen, daß sich irgendeine Partei die BI unter den Nagel reißt. Der KBW hatte natürlich mit der Bürgerinitiative seinen Agitprop-Stand in Spandau bestückt!) Jemand von der BI schlug dagegen vor, mit kleinen spektakulären Aktionen, die der Stärke der BI viel angemessener scheinen als eine Demonstration, auf das Problem des KW aufmerksam zu machen. Was der KBW aber trotzdem schaffte, war, aber eben diesen Vorschlag

war aber, die Diskussion über eben diesen Vorschlag zu blockieren. Das gelang ihm leider deshalb so gut, weil die BI eine recht schwerfällige Struktur hat: für jede Aktion muß ein Ausschuß gebildet werden, der dann seine Ergebnisse ins Plenum einbringt etc.
Was sie zunächst weiter vorhaben, ist:
- eine Großveranstaltung am 29.10. in Spandau
- jeden Sonntag Waldspaziergangsdemos, um sich mit dem Gelände vertraut zu machen
- täglich den Wald beobachten, ob nicht irgendwelche Baufahrzeuge anrollen (die Forst sind in der BI und die Forstgewerkschaft unterstützt sie auch
- neue Plakate und verstärkt Flugblätter
- Transparente im Wald aufhängen
- vielleicht noch ne Demo in Spandau

FORTSETZUNG KW

Die Leute freuten sich darüber, daß auch Nicht-Spandauer aus Berlin gekommen waren.(Eine von ihren wichtigsten Argumentationen ist:"Das geht alle Berliner an".Sie würden sich auch freuen, wenn man ihre Flugblätter in der Stadt verteilt, weil sie noch nicht so viele sind und der Kontakt zu den anderen Bürgerinitiativen in Berlin noch nicht so toll ist.)
Wir wolln deshalb versuchen, auch da, wo wir wohnen, was gegen das KW zu machen, zumal Spandau näher ist als Wyl.Wenn uns was Gutes einfällt, lasssen wir im nächsten Info was von uns hören (oder hören vielleicht schon was von Euch).
Der Senat drängt uns zur Eile.Die wollen schon Anfang Dezember mit ihren Bulldozern auffahren (vielleicht auch mit ihren Bullen).

Für die, die nicht vom KBW sind und für solche, die nicht meinen, die BI von ihrem 'legalistischen Weg' abbringen müssen:
die Bürgerinitiative trifft sich jeden Donnerstag 19.30 Uhr im Paul-Schneider-Haus in Spandau, Schönwalderstr.31

DAS KW WIRD NICHT GEBAUT, WEIL DAS INFO DEM SENAT DIE BULLEN KLAUT!

aber nicht nur deshalb nicht:

WIRD DER DEZEMBER AUCH KALT- WIR GEHN DOCH IN DEN WALD!

PUW: SCHWARZER Sender

für ROTE Genossen

Seit ca. einem 3/4 Jahr hat der Piratensender Unfreies Westberlin in unregelmäßiger Folge Sendungen zu verschiedenen Themen wie BVG, Jugendarbeitslosigkeit, Senatsgutscheine etc. gemacht. Wir haben auf 93 MHz UKW gesendet und immer so die zentralen Bezirke von Berlin erfaßt. Ein Sender ist hochgegangen (Da haben die Bullen saumäßiges Schwein gehabt) der neue Sender ist dafür noch besser.

Anscheinend sitzen ja nun einige Genossen ständig vor Ihrem Radio und kurbeln sich die Finger wund um den PUW zu hören. Tut uns leid, daß sie solange nichts mehr von uns gehört haben. Aber es gibt da - außer den üblichen Verzögerungen, Urlaub etc. - einige prinzipielle Schwierigkeiten, um 'ne ordentliche PUW-Sendung zu machen.Klar, ein Band voll Musik zu spielen, und dann abzustrahlen ist nicht das Problem, das haben wir jetzt im Griff, Womit wir manchmal Schwierigkeiten haben, ist der Stoff! Wir sind nicht so viele, daß wir in allen Sachen, die so laufen, drinstecken und dann die brandheißen Stories bringen können. Bisher haben wir viele Sendungen aus unseren Köpfen und aus linken Zeitungen bestritten. Dann kommen aber so Einwände wie: "Stand doch schon alles im Info" oder " war viel zu viel Musik drin". Da habt ihr recht! Das sind auch genau die Sachen, die wir selbst kritisieren. Wir können nicht ständig im eigenen Saft schmoren, es müssen häufiger Schwarzsendungen laufen in denen aktuelle und sonst unterdrückte Sachen gebracht werden. Dazu haben wir uns ein paar Vorschläge überlegt:

1. Plakat- oder Flugblattaktion, damit der PUW auch in die Köpfe der Leute kommt, die nicht BUG-Info oder Extra-Dienstlesen. (Dann wären auch wiedergegebene Sachen aus dem Info sinnvoll)
2. Andere Gruppen sollten Tonbandkassetten besprechen, die dann irgendwie zu uns kommen sowie die Sendungen über die falschen BVG-Fahrkarten und die falschen Senatsgutscheine, die wir echt dufte fanden.
3. Andere Leute sollten selber Sender bauen und betreiben. Dann gibt es öfter Sendungen und die Bullen schnappen uns nicht so leicht.

Die letzten beiden Sachen sind natürlich nicht so einfach. Für die Bänder von anderen Gruppen können wir ja schlecht 'ne Adresse angeben, dann säß da die ganze Zeit so'n unauffälliger Typ vorm Briefkasten.
Ein paar Schweizer Genossen, die auch einen Schwarzsender betreiben, machen da einen ganz guten Vorschlag: Wer 'ne Sendung fertig hat kopiert sie auf so 5 Kasetten, die gibt er dann einem befreundeten Genossen, der gibt sie einem anderen usw. Bis eine Kasette dann bei einem landet, der PUW-Typen kennt oder selbst einer ist. Das müßte eigentlich funktionieren! Die Gefahr von den Bullen wegen der Sendung angemacht zu werden, ist eigentlich ziemlich klein. Da ihr die Sendung nicht abstrahlt macht ihr ja auch nix verbotenes. Wenn jemand Angst haben muß, wegen der Sendung aus seinem Job zu fliegen, sollte er seine Stimme verstellen oder jemand anderes sprechen lassen. Beschränkt euch mal auf lo-15 min da kriegt man 'ne ganze Menge drin unter und der Sender geht nicht so leicht hoch.
Noch besser wär' natürlich, wenn mehrere PUW's laufen würden. Dann wär die Chance, daß eine Kasette an die richtige Adresse gelangt natürlich größer. Wir sind deswegegen dabei einen Sender zu entwerfen, der billig ist und leicht nachgebaut werden kann. Wenn's soweit ist bringen wie mal 'nen ausführlichen Bauplan mit allen Angaben raus.(PUW-Hobby-Set)

Also macht Sendungen in euren Gruppen und bringt sie massenhaft unter die Leute.

Roberts (?) ABSCHIEDsbrief in INFO 127 zeigt, daß das INFO doch eine spezifische Möglichkeit im Blätterspektrum bietet. Das ist gut. Robert spricht wirklich von Persönlichem und trifft damit viele - anders als manchespersönlich verkleidete Schaukelstuhl-Gedanken (-Theoreme) etwa in den Artikeln von der Anti-Softie (INFO 90/1) und dem Softie (92-94), wo sie ärgerlicherweise weder klar persönliche Betroffenheit, noch allgemeine Sachen theoretisch angehen. Bei Robert ist es natürlich, daß endlose (haltlose) Selbst- und Beziehungsreflexionen durch einen so entscheidenden, konkreten Einschnitt einen klaren Bezugspunkt erhalten. Gerade der Tod zeigt die Einmaligkeit des Individuums (und die konkrete Vermittlung zu anderen). Nur Bürokraten phantasieren von Unsterblichkeit. Naja, das hat Walter Benjamin auch schon anhand von Goethes Wahlverwandschaften gezeigt.

G. F.

Schüler [illegible]

Normieren

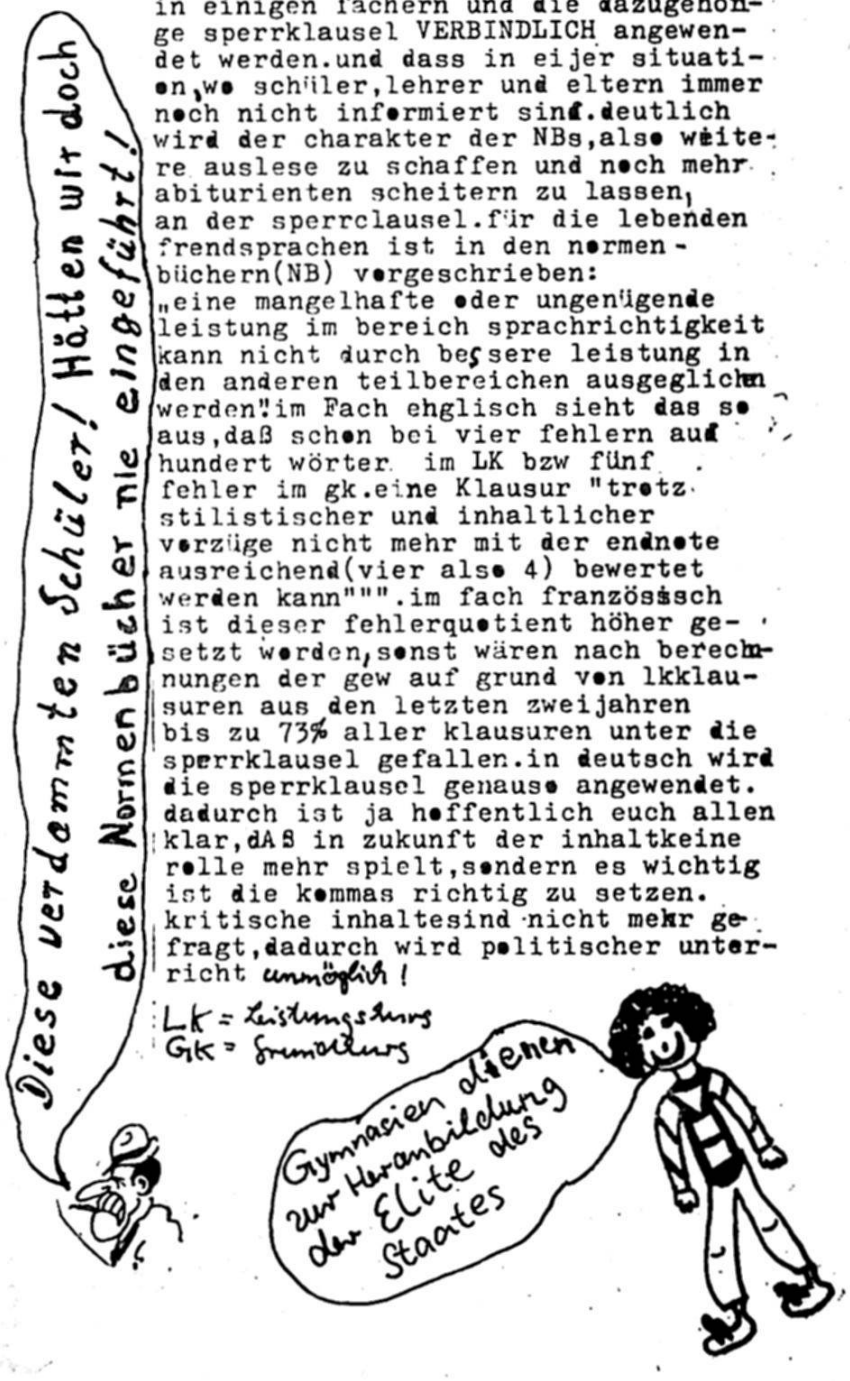
dies ist ein artikel von leuten des legendären SCHÜLERFORUMS, einer schülerzeitungdie an berliner schulen in einer auflage von 5000 stück erscheint.
seit den sommerferien versuchen wir, alle berliner gymnasien anzusprechen, um die schüler über die NB's zu informieren und sie dazu zu bringen, dagegen zu kämpfen.deshalb finden wir es wichtig,im info zu schreiben, um lehrer und schüler daraufhin anzusprechen.nötig ist es natürlich auch den anderen info-lesern zu zeigen was an leistungszwängen und neuen unterdrückungsmaßnahmen auf die schüler zukommt und wie man sich dagegen wehren kann.

Was sind eigentlich Normenbüccher bzw.im bürokratentheutsch"einheitliche prüfungsanforderungen inder Abiturprüfung?"
Grundlage der normenbücher ist ein

urteil des bundesverfasselungsgerichtes vom 18.juli '72,das den numerus clausus (nc)nur haltbar ist,wenn die chancengleichheit beim zugang auf die hochschule durch einheitliche abiturprüfungen gewährleistet ist.
1973 beauftragte die kultusminister konferen(kmk)ihren schulausschuss bessere voraussetzungen für eine objektivierung der leistungsmessung zu schaffen(pressemitteilung der kmk),die ausarbeitung der normenbücher(NB) übernahmen willkürlich zusammengesetzte fachkomissionen.deren arbeitund die verabschiedung der NB durch die kmk am 6.2.75 geschah unter ausschluß der betroffenen schüler,lehrer und eltern.sehr viel lehrer wissen bis heute noch nicht über die NB's bescheid,obwohl von ihrer seite durch die gew in form von zeitungen und broschüren informationen veröffentlicht wurden:im GYM-info (zeitung der fachgruppe Gymnasien) der gew(auch noch in klammern) (DIESER SATZ KOMMT VOR'DEM LETZTEN SATZ)ausserdem sind vom schulsenator schon vor über einem jahr exemplare der NB's jeder schule zugeschickt worden,mit der AUFLAGE,sie den schülern und elternvertretern zugänglich zu machen.uns ist kein fall bekant,daß dies vor dem inkrafttreten der NB's geschehen wäre.(SO,UND JETZT GEHT'S WIEDER NORMAL WEITER)
wurden die namen der in den fachkomissionen mitwürkenden lehrer berlin's bekanntgegeben:
o-studiendirektor dr.
eberhard geyer 1-22 uezer steig18
tel.:353 4191 (der ist für füsik zuständig)
ostud ständer passenheimerstr.30
1-19 (schuladresse)
für deutsch)
leitender oberstuhlrat prof.
dr. radke/senator (hc)
für schulwesen
brettschneiderstr.5 bis 8
1-19(schulsenator adresse)
für latein und griechisch

ziel der schulbürokratie ist es die NB's auf schleichendem wege einzuführen ohne alzu viel widerstand der betroffenen hervorzurufen. das läuft z.b. so ab,daß uns von lehrern erzählt wird die einführung der normenbücher sei vorerst probeweise und unverbindlich.praktisch sieht es aber so aus,dAss seit beginn des neuen semesters(august 76) die NBs in einigen fächern und die dazugehörige sperrklausel VERBINDLICH angewendet werden.und dass in eijer situation,wo schüler,lehrer und eltern immer noch nicht informiert sind.deutlich wird der charakter der NBs,also weitere auslese zu schaffen und noch mehr abiturienten scheitern zu lassen, an der sperrclausel.für die lebenden frendsprachen ist in den normenbüchern(NB) vorgeschrieben:
„eine mangelhafte oder ungenügende leistung im bereich sprachrichtigkeit kann nicht durch bessere leistung in den anderen teilbereichen ausgeglichen werden".im Fach ehglisch sieht das so aus,daß schon bei vier fehlern auf hundert wörter im LK bzw fünf fehler im gk.eine Klausur "trotz stilistischer und inhaltlicher vorzüge nicht mehr mit der endnote ausreichend(vier also 4) bewertet werden kann""".im fach französisch ist dieser fehlerquotient höher gesetzt worden,sonst wären nach berechnungen der gew auf grund von lkklausuren aus den letzten zweijahren bis zu 73% aller klausuren unter die sperrklausel gefallen.in deutsch wird die sperrklausel genauso angewendet. dadurch ist ja hoffentlich euch allen klar,dAß in zukunft der inhaltkeine rolle mehr spielt,sondern es wichtig ist die kommas richtig zu setzen. kritische inhaltesind nicht mehr gefragt,dadurch wird politischer unterricht unmöglich!

LK = Leistungskurs
GK = Grundkurs



In den naturwissenschaftlichen normenbü- sind dde allgemeinen methodischen fähigkeiten und fertigkeiten und die zu beherrschenden lerninhalte für die abitur prüfung aufgelistet, die zu einer ungeheuren leistungsanforderung führen (z.b. im fach chemie die einbeziehung bisher universitärer inhalte oder in physik das durcharbeiten des stoffes in anderthalb statt in bisher drei jahren). Davon abweichende neigungen und interessen von schülern und lehrern können nicht mehr berücksichtigt werden.
Auch in fächern wie deutsch und politischer weltkunde stehen formale, abprüfbare kriterien im vordergrund. Faktenwissen, methodenkenntnisse und sicherheit in der sprachverwendung werden großgeschrieben. Inhaltliche kritik wird unwichtig, wenn das formale den ansprüchen nicht genügt. Welcher schüler hat da noch das Interesse, daß seine arbeit seiner Meinung entspricht, wenn er dafür eine schlechte note bekommt. Das ist die richtung der einführung der normenbücher - LEISTUNGSDRUCK und ENTPOLITISIERUNG !!!!

Auswirkungen der normenbücher:

Die normenbücher sind für die abi-prüfungen gedacht, wirken sich aber bereits auf die vorhergehenden semester aus. Um im abi gut abzuschneiden, werden die schüler und lehrer gezwungen, die geforderten lernziele in jedem fall zu schaffen. Der druck von schülern auf lehrer wird so stark, daß diese den stoff unbedingt durchpauken müssen. Nicht abprüfbares wissen hat da keinen sinn mehr. In dem fach deutsch werden dann gedichte nur noch vom text her, aber nicht vom inhalt her behandelt. Wer sich da nicht anpaßt, wird untergehen und als bildungsleiche die schule verlassen. Eine riesige lawine von paukerei, konkurrenz und streß wird die schüler überrollen, wenn sie dagegen rechtzeitig nicht etwas unternehmen.
Von der erwarteten chancengleichheit wird nicht viel übrigbleiben. Die prüfungsanforderungen sind zwar vergleichbar, aber nicht die lernsituationen. Die chancen der arbeiterkinder gegenüber den kindern der oberschicht für das abitur werden geringer werden. Sie sind von ihrer umwelt und erziehung her schwerer, sich den stilistischen und formalen zwängen unterzuordnen. Bei der stoffülle ist die individuelle hilfe für schwächere schüler kaum möglich. Zusätzlich sind die bedingungen der einzelnen schulen in bezug auf das angebot von räumen, lehrern, ihre pädagogischen fähigkeiten, lernmittel und lehr

Wer stets auf die Solidarität vertraut, den Schulbonzen eins auf die Fresse haut★

Wer zuletzt immer noch lacht, hat die Schulreform nicht verstanden

pläne zu verschieden. Die objektive leistungsbewertung wird in unserem schulsystem nie erreicht werden können.

Funktion der normenbücher:

Sie sind eine "wunderbare lösung" für den numerus clausus. Weniger abiturienten als vorher werden die möglichkeit haben, überhaupt zu studieren. Es handelt sich also um eine vorverlegung des n.c. auf die schulen und weiter:

- festschreibung bestehender bildungsprivilegien,
- disziplinierung von lehren und schülern
- abtöten jeder eigeninitiative für einen kritischen und demokratischen unterricht
- erziehung zum "gott leistung"
- aufzucht von fachidioten

Jetzt ist vielleicht jedem klar, warum diese "revolution des schulwesens seit 1946" (so di gew) heimlich eingeführt werden sollte.
Doch so leicht wollen wir es den herren kultusbürokraten und schreibtischtätern nicht machen. Vom schülerforum wird jetzt versucht, alle berliner gymnasien anzusprechen und erst einmal das informationsdefizit abbauen. Dazu haben wir zwei koordinationstreffen mit vielen schülervertretern durchgeführt. Ergebnis: die nötigen informationen für den kampf gegen normenbüchern wurden weitergegeben und ein zentrales flugblatt für berlin vorbereitet. An mehreren schulen wurde ein transparent aufgehängt (dabei gab es ärger mit bullen und stadtreinigung) undzugleich flugblätter verteilt.
Erst wenigen schulen gab es vollversammlungen dazu (diese sind für die information aller betroffenen aber sehr wichtig). Ein schüler, der im schülerforum mitarbeitet, führt eine klage beim verfassungsgericht gegen die einführung der normenbücher. Die klage wendet sich dagegen, daß die normenbücher per verwaltungsanordnung eingeführt werden sollen. Denn eine solche Veränderung im schulbereich kann nur durch ein gesetz eingeführt werden. Unsist klar, daß wir damit die normenbücher nicht abschaffen können, aber zeit gewinnen und eine breitere öffentlichkeit finden.
Insgesam ist der kampf gegen die normenbücher noch nicht sehr weit fortgeschritten, da es sehr lange dauert, nunmal alle schüler zu informieren. Viel unterstützung von lehrern und eltern haben wir noch nicht bekommen können. Die lehrer haben in der jetzigen situation der bespitzelung und berufsverboten angst, gegen die normenbücher etwas öffentlich zu sagen. Wichtig ist, daß die aktionen gegen die normenbücher von vielen betroffenen und organisationen getragen werden müssen, um die schulbürokraten beeindrucken zu können.
Weitere direkte aktionen sind geplant; aber davon mehr in einem späteren artikel.
Wer interesse hat, mitzuarbeiten oder sich ersteinmal informieren möchte, kann zu folgendem treffpunkt kommen: Jeden dienstag um 17 uhr im blauen kinderladen in der kantstr. 31 (am amtsgericht charlottenburg)
Das nächste koordinationstreffen der vertreter einzelner schulen findet am 5.11. um 18 uhr im drugstore statt.

Spanienveranstaltung

Als Auftakt für die vom Kölner Iberien-Komitee zur Zeit in der BRD durchgeführte Tournee von CNT-Gewerkschaftern (Mx CNT = anarchosyndikalistische Gewerkschaft in Spanien) fand am 8. Okt. im Audi-Max der TU Berlin ein Spanien-Teach-In statt.

Alle Beteiligten werden zustimmen, daß das Ergebnis dieser Veranstaltung der CNT eher geschadet als genützt hat. Was ist passiert?

Widersprüche im Komitee Freies Spanien Berlin haben dazu geführt, daß die Veranstaltung bis zum letzten Augenblick in Frage gestellt war. So wie das Komitee gearbeitet hat, war es mit dieser Veranstaltung überlastet. Deshalb ist es unter anderem nicht gelungen, zum Auftreten der Spanier ein erganzendes Rahmenprogramm vorzubereiten. Dadurch mußten die Spanier als einzige den gesamten Abend bestreiten. Durch die ständige Hin- und Herübersetzerei wurden die Zuhörer von ihrer Konzentration her überfordert. Solche Pannen sind vornersehbar und könnten vermieden werden, im Gegensatz zu einigen schwerwiegenden Fehlern, die von der zentralen Tournee-Organisation her angelegt sind.

Wir wollen einmal darstellen, was sich nach Gesprachen mit den spanischen CNT-Genossen an Hintergrunden für diese Tournee ergeben hat.

Wie wir von anderen anarchosyndikalistischen Genossen und Organisationen aus Spanien und Frankreich erfahren haben, gibt es im Reorganisationsprozeß der CNT-Gewerkschaft nach Francos Tod Widersprüche zwischen einem Teil der Exil-CNT und der innerhalb Spaniens neu entstandenen CNT. Dabei gehen die meist jungen Genossen der heutigen Inlands-CNT von eigenen Erfahrungen in den Klassenkämpfen der letzten Jahre aus, während die Führung der Exil-CNT in ihren Vorstellungen noch immer der alten "heroischen" Zeit der Revolution nachhängt.

Die neuen CNT-Gewerkschaften in Spanien haben noch kaum Kontakte in andere Länder. Dagegen verfügt die Exil-CNT durch ihre Kontrolle über den alten Apparat der IAA/AIT (syndikalistische Internationale) über weitreichende Kontakte in allen Landern. Die Führung dieser Exil-CNT scheint in letzter Zeit zu versuchen, mit Hilfe dieser internationalen Kontakte ihren Einfluß in Spanien zu erhöhen.

Konkret hat sich das folgendermaßen abgespielt: Das Kölner Iberien -Komitee hat sich in Paris an die Exil-CNT gewandt. Diese hat anscheinend über persönliche Kontakte ohne Diskussion in den neuen spanischen CNT-Strukturen, einzelne Mitglieder nach Paris eingeladen. Erst in Paris, so versicherten die drei spanischen Genossen, erfuhren sie, daß sie in die BRD und auf diese Tournee fahren sällten. Sie wurden nach Köln geschickt, von dort aus direkt weiter nach Berlin. Es blieb keine Zeit zur Vorbereitung mehr, die spanischen Genossen konnten sich nicht einmal mehr auf die Berliner Veranstaltung und die zu erwartenden Zuhörer einstellen.

Daraus ergab sich:

a) Die Spanier wußten nicht vorher, daß sie eine Informationsrundreise durch die BRD machen sollten

b) Die Genossen hatten kein eigenes Konzept für den Inhalt und die Zielrichtung dieser Veranstaltungen

c) Sie hatten keine Ahnung vom Informationsstand und von der sozialen Zusammensetzung ihrer Zuhörer

d) Sie konnten nur als Privatpersonen auftreten, ohne Wissen, Billigung der CNT in Spanien. Sie waren nicht delegiert.

Dies war vorher dem Komitee Freies Spanien zum Teil nicht bekannt und ist zum Teil nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Fraglich ist überhaupt die ganze Konzeption für die Rundreise. Das Komitee Freies Iberien Köln will offensichtlich in erster Linie, die mehr oder weniger vorhandene Struktur anarchistischer Kleinstgruppen mit Hilfe der spanischen CNT-Genossen entwickeln. Dies zeigt sich auch in der Auswahl der Städte für diese Tournee. So werden die Veranstaltungen in einer Reihe von Kleinstädten und Verwaltungszentren (z.B.Karlsruhe) durchgeführt, während so wichtige Städte wie Hamburg und Stuttgart (Spanier-Schwerpunkt) fehlen. Deutlich wird dieses Ziel am Charakter der Gruppen, die die Veranstaltung durchführen sollen. In keinem Fall - mit Ausnahme des Spanierzentrums in Essen - wurden Betriebsgruppen oder linke Gewerkschaftsstrukturen angesprochen (die CNT ist genauso wie die sozialistische Gewerkschaft UGT eine noch von früher her von DGB anerkannte Gewerkschaft !).

Die Spanier selbst haben uns dagegen erklärt daß es ihr Hauptinteresse ist, hier mit deutschen und spanischen Arbeitern zusammenzukommen, um auf dieser Ebene Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen zu vermitteln. Dies kann nur gelingen, wenn die CNT-Genossen die neue politische und soziale Entwicklung in Spanien in allen ihren Aspekten darstellen und nicht, wenn sie nach dem Kölner Konzept aus den Informationsveranstaltungen "Jubelfeiern" für die CNT machen.

Unser Vorschlag in dieser Situation war, die Genossen direkt nach Spanien zurückzuschicken, diese Tournee abzusagen und in Zusammenarbeit mit den Basisstrukturen in Spanien und den Basisstrukturen in der BRD eine neue besser organisierte Rundreise vorzubereiten.

Eine Rundreise wie die jetzt durchgeführt erzielt nicht Solidarität, sondern Desinteresse. Damit wird der Sache der Spanier mehr geschadet als genützt . Außerdem besteht die Gefahr, daß die spanischen Genossen "verbrannt" werden. Nach unserem Eindruck gibt es bei ihnen durchaus auch Schwierigkeiten, sich mit der Politik der CNT in allen Punkten zu identifizieren. Hinzu kommt der Druck und die persönlichen Nachteile, denen sie ausgesetzt sind durch ihre Mitarbeit in einer illegalen Gewerkschaft. Daher kann eine Reihe von Enttäuschungen hier eventuell niederschmetternde Auswirkungen haben.

In der Diskussion mit dem Kölner Komitee und den Spaniern wurde dieser Vorschlag verworfen.

D halb w llen wir, um zu retten, was noch s r tt n i t, ein paar Punkte vorschlagen , di bei den weiteren Veranstaltungen berücksichtigt werden sollten:

1. Mit den Spaniern muß vor der Veranstaltung durchgesprochen werden, mit was für Publikum, mit welchem Informationsstand sie zu r chnen haben. (in der BRD ist es i ht mögl.ch, die Camisiones Obreras ohne w it re Erklärung als korrumpiert und arb iterfeindlich hinzustellen).
2. Eine ausführliche Einleitung sollte die v ranstaltende Gruppe selbst vorbereiten, i it wenigstens die historische Entwicklung der CNT in Spanien geklärt ist und nicht standig in der Diskussion herumgeistert. Zudem müssen die Gruppen die ~~Entwicklung~~ Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung ler letzten Zeit in Spanien selbst überh n, da die spanischen Genossen hierauf nicht vorbereitet sind.
3. Ein genaues Programm sollte mit den Spaniern vorher abgeklärt sein. Ein Rahmenprogramm ist wichtig, damit nachher während langer Übersetzungsperioden die Veranstaltung nich auseinanderlauft.

Ehemalige Mitglieder des
KOMITEES FREIES SPANIEN BERLIN

Ein König in NewYork

Cinema **BALI**

Bundesallee 111	Teltower Damm 33
1 Berlin 41	1 Berlin 37
Tel. 852 30 04:	Tel. 811 46 78
18.30	**21.15**
20.45	**23.00**
Dt. Fassung	Original m. U.

In Berlin wird seit kurzem die "Jedermann" Zeitung vertrieben,die seit 18 Jahren über gesellschaftliche Lebensformen informiert. Sie kostet 1.50 DM und ist am Zoo,Bali, Peace Food,Sesam Mühle,Savignyplatz 5, FU Mensa und Forum Steglitz zu erhalten. Wer noch mitmachen will beim "Jedermann" Vertrieb,der melde sich bei Ralf:8173818.

SJZ informiert

Was wir brauchen, werden wir uns nehmen!
Am vergangenen Donnerstag fand in den Räumen des Drugstores unsere Pressekonferenz ohne die bürgerliche Presse statt. Für sie ist das Kapitel SJZ mit dem Brand erledigt, für uns aber nicht.
Vom Bezirksamt waren zwei politische Sachbearbeiter anwesend, die sehr "vertrauenserweckend" dreinschauten.(Ihr hättet sie mal nach ein paar Minuten sehen müssen). Wir stellten sofort zwei konkrete Forderungen auf.

1. sofortiges Anmieten neuer Räume, die den alten flächenmäßig entsprechen.
2. Bereitstellung von Grundmaterialien, um Öffentlichkeistarbeit leisten zu können.

Nach ersten Schätzungen würde sich die Summe auf ca. 1000,- DM belaufen.
Unmittelbar nach dem Brand, schrieb die bürgerliche Presse in einer Stellungnahme vom Bezirksamt, daß man sich intensiv nach neuen Räumen umschaut. Wir stellten an dem Abend aber fest, daß die Aktivitäten des Bezirksa. gleich Null waren (keine konkreten Vorschläge) Sie verlangten von uns ein neues Konzept. unserer weiteren Arbeit.
Durch diese Forderung wurde uns klar, daß es dem Bezirksamt um die Beendigung der Selbstorganisation des SJZ in Schöneberg geht. (abwarten),denn unser Konzept ist die Selbstverwaltung. Diese werden wir in den neuen Räumen weiterentwickeln. (Selbstverwaltung = Selbsterhaltung)
Ihre angeblichen Bemühungen waren bisher erfolglos und werden es auch bleiben. Sie versuchten sich damit uns gegenüber zu rechtfertigen, indem sie es so darstellten, daß keine Vermieter dem Bezirksamt Räumlichkeiten für das SJZ zur Verfügung stellen.
Ihre These: Neue Räume - neuer Brand
Unsere These: Neue Räume Selbstverwaltung und intensivere Öffentlichkeitsarbeit (Gemeinsam sind wir stark).
Man einigte sich auf einen neuen Termin.
Die Typen vom Bezirksamt meinten es wäre einfacher Geld fürs SJZ aufzutreiben, als Räume (haltet euch fest, jetzt kommt der Hammer) Als wir aber die nötigen Grundmaterialien (wert:1000,- DM) für unsere Öffentlichkeitsarbeit forderten, fiel ihre Unterlippe (plumps) zu Boden. Erst nach dem wir einen Besuch im Bezirksamt angeboten hatten, bei dem wir das benötigte Material einsammeln würden, bekamen wir einen Teil zugesagt.
Der neue Termin ist am Mittwoch den 20.10.76 um 18.30 Uhr im Bezirksamt Schöneberg 1 Berlin Friedenau, BreslauerPlatz3,1.Stock Zimmer 109 - 111. Kommt massenhaft um uns im Kampf für die Selbstverwaltung zu unterstützen. Die Idee der selbstverwalteten Jugend

arbeit darf nicht sterben. 1 Finger kann man/frau brechen, fünf Finger sind eine Faust.
Nähere Informationen am Freitag den 22. 10.76 um 20.00 Uhr auf dem großen Rock Festival "April im Oktober" in der neuen Welt und am Sonnabend den 23.10.76 ab 19.00 Uhr auf unserer großen Infofete in den Räumen des Drugstores 1-62 Potsdamerstr. 180

Nicht Pellkartoffeln und Quark
sondern Solidarität macht stark!

die spanische CNT und die Politik der ARBEITER-BEWEGUNG

- Zu einer Diskussionsverstaltung des "Komitee Freies Spanien"

Zunächst nur kurz: Die Veranstaltung im Audi-max der TU am 8.10.1976 war mäßig besucht. Dabei waren GIM und einiges von K-Gruppen vertreten.
Das Thema war etwas problematisch. In erster Linie war wohl zu sagen: "Die (anarchistische) Nationale Konföderation der Arbeit (CNT) ist wieder da; seit 1 Jahr hat sie sich im spanischen Inland reorganisiert - achtet mal darauf, denn wir werden mal wieder - von der bürgerlichen bis zur marxistischen Presse - ziemlich verschwiegen!"
Aber darüber hinaus? Die Verkündigung der Richtlinien der Organisation (keine Klassenversöhnung, von der Basis her, im autonomen Kampf, nicht-vertikal usw.) klangen etwas abstrakt. Das liegt wohl daran, daß bei erst 1 Jahr aktueller Geschichte diese noch nicht genügend am Geschehen, an den Handlungen und Erfolgen erläutert werden kann. Als bloße Behauptungen aber kennen wir einiges davon sogar unter Stalinisten. Einfach auf die ver-gangene Geschichte zurückgreifen kann man auch nicht nach dem Loch von fast 40 Jahren, das nur von Veteranen im Schwebezustand des Exils überbrückt wurde. Überdauern kann so nur die Idee des Anarchismus, ohne die reale Massenbewegung (1,2 Mio z.Zt. des Bürgerkrieg s - heute: ca. 50-70 000 Mitglieder) ergibt sich keine differenzierte Strategie und Taktik für die jetzige Situation in Spanien. So sieht jetzt jeder Bezug auf die Geschichte aus,,als zehre man nur vom vergangenen Ruhm und stelle seine moralische Rechtfertigkeit (bzgl. Freiheitlichkeit, autonome Klassenbewegung) gegen den Erfolg der Leninisten. Und daß der Entschluß der spanischen KP - nach über 10 Jahren Guerrilla-Manövern -, die staatlichen Zwangsgewerkschaften(sindicatos) zu unterwandern, großen Erfolg hatte, läßt sich nicht leugnen.
Es ist auch etwas peinlich, daß das "Komitee Freies Spanien" in seinem Flugblatt die CNT nur "aus der katalanischen Arbeiterbewegung" entstehen läßt, damit einem nicht auffällt, daß die andalusische Säule der Organisation jedenfalls bis jetzt noch nicht wiedererrungen ist. Irreführend ist auch:"...gelingt es der CNT in kurzer Zeit, neben der sozialistischen Gewerkschaft UGT zur stärksten Kraft im spanischen Proletariat zu werden". Es muß heißen:"...gelingt es..., die anarchistische Bewegung wieder als stärkste Kraft des spanischen Proletariats zu reorganisieren" - denn seit der Gründung der Sektion der 1. Internationale gab es fortlaufend mehr oder minder starke anarchistische Organisationen. Die Ugt dagegen konnte erst für ihre Zusammenarbeit legalisiert - unter der Diktatur Primo de Riveras in den 20er Jahren aufholen (auf ca. 1 Mio Mitglieder).

Aus der K-Ecke kamen - etwas demagogische - Fragen nach den heutigen Massenaktionen. Doch was soll die CNT dazu Spezifisches sagen? Das käme doch vor allem dort in Frage, wo sie Spezifisches dazu beigetragen hat, und das kann noch nicht in großem Ausmaß der der Fall sein. Immerhin ist es erfreulich zu erfahren, daß der große Bauarbeiterstreik in Madrid im Dezember '75/Januar '76 also auf ihr Konto geht. Dieser Streik veranlaßte immerhin einen Bauunternehmer, zu sagen:"Ich bin der Syndikate schon überdrüssig, von denen man schon nicht mehr weiß, was sie sind, und wir denken daran, uns von den vertikalen Syndikaten zu trennen"- also der Bankrott des korporativistischen Franco-Systems, wenn nicht einmal mehr die Unternehmer es wollen, da es die Konflikte nur verdeckt, aber effektive Verhandlungen mit wirklichen Repräsentanten der Arbeiter unmöglich macht.
Gegenüber diesen aktuellen Vorgängen hat die CNT aber auch ein Recht, zu erklären, wie sie langfristig die libertäre Strömung in der Arbeiterbewegung stärken will - es handelt sich um ihre "politische" Strategie, wenn wir Politik in unserem Sinne verstehen wollen als Anstreben und Erobern unserer Souveränität, Würde, Autonomie. Demgegenüber müssen wir bei den Berufungen auf die Aktionen und Forderungen der Massen etwas vorsichtig sein - konkret: durchschauen, wo es sich um Verkleidungen der spanischen KP(PCE) handelt, die andererseits wirklich zu großzügig gegenüber der Bourgeoisie ist, also Klassenversöhnung und darum "Politik", eben im(bürgerlichen) Sinne von Konfliktverwaltung, betreibt. Doch tut sich die CNT auch etwas schwer in einer Situation, wo die PCE nun einmal den größten Teil der Arbeiter um sich gruppiert hat (auch viele alte Anarchisten, bzw. solche mit deutlich anarchistischen Vorstellungen über die Ökonomie usw.). Und es wird wirklich bedenklich, wenn die CNT, um Unterstützung zu finden, statt der Massen Organisationstitel aufreiht und gegen das PCE-Angebot der Einheitsgewerkschaft solche wenig relevanten Gewerkschaften anführt wie die USO (in gewisser Verbindung mit den Universitätssozialisten Tierno Galvans) und sogar die UGT (von der sozialistischen - oder besser sozialdemokratischen - Partei PSOE), die nun wirklich arg reformistisch ist und sich sogar mit dem reformistischen Flügel des Regimes auf Abmachungen einläßt, wenn die PCE verboten bleibt - wie unter Primo de Rivera?
Freilich ist auch anrüchig das Angebot der PCE zu einer Einheitsgewerkschaft, die sie schon in der Tasche hat.
Nun zur Kritik der GIM, die immerhin eine Diskussion versuchte. Sie versuchte hauptsächlich historisch, die CNT in die Mülltonne einzufangen, um auf Trotzki zurückgreifen

zu können, der 1931 "die Elite des spanischen Proletariats" in der CNT fand. Es ist schön von der GIM, diese Lobpreisung, die nach Auskunft der trotzkistischen Historiker Broué und Témime(Revolution und Krieg in Spanien. 1968: S.87) aus späteren Auflagen der betref-fenden Schrift Trotzkis verschwand, der Vergessenheit zu entreißen. Die GIM wiederholt den Vorwurf, die CNT habe es nicht verstanden, die "Macht im Staat"zu erobern - dazu erklärt uns Chomsky(Amerika und die neuen Mandarine. 1969: S.79):"Die Revolution war 'apolitisch' in dem Sinne, daß ihre Macht- und Verwaltungsorgane von der republikanischen Zentralregierung getrennt blieben." Und wo haben denn Trotzkisten einmal die "Macht im Staat" erobert(wo sie es in Ceylon taten, wurde ihnen von den anderen Trotzkisten der Trotzkismus aberkannt) - oder will man die Ära Trotzki nach der Oktoberrevolution so werten - als dieser Chef der Roten Armee, Diktator der Eisenbahn, Protagonist der Militarisierung der Wirtschaft war? Die Trotzkisten reflektieren lieber darüber, wie eine soziale Bewegung sein soll, als was sie ist - ein ähnlich idealistisches Verhältnis dazu haben aber auch meist die intellektuellen Anhängsel der CNT, à la Augustin Souchy.-Vor allem aber vergißt man leicht danach zu fragen, wer denn eigentlich gewonnen hat, wenn eine Arbeiterorganisation die Regierung besetzt! Staat ist eben eine ganz bestimmte Struktur, nicht mit allen Gesellschaften, allen Interessen verträglich!
Ab Januar 1937 "beteiligen sich (die CNT-Kader) Garcia Oliver, F. Montseny u.a. (doch noch) an der Volksfrontregierung". Akzeptierten sie nicht nur den Staat, sondern sogar den bürgerlichen Staat? Nun, in jeder Organisation gibt es opportunistische (und wildsektiererische) Tendenzen - bloß waren sie in der CNT nie so kraß, wie wir es von den Sozialdemokraten und Kommunisten kennen, - und die CNT-Minister fanden sofort ihre offenen Kritiker in den eigenen Reihen, der prononcierteste: Camillo Berneri (s. Klassenkrieg in Spanien. MaD Verlag). Die Anarchisten begründeten die Zurückhaltung, ihren Einfluß durch ihre offene Machtübernahme zu realisieren, damit, daß sie bestimmt nicht von der Volksfrontregierung (!) Frankreichs, von England (konkrete Drohungen!), den USA und der SU (mit dem noch anhaltenden Prestige der Oktoberrevolution) unterstützt würden (durch Waffenverkauf usw.) - darauf bauten damals alle Gruppen! Nun, Trotzki schrieb am 17.12.1937 etwas vom Sieg der russischen Revolution (- hat sie denn gesiegt, Trotzki?) ohne ausländische Gönner (und was ist mit Parvus? Und haben nicht bald, in jener revolutionären Zeit, die Arbeiterklassen der Interventionsmächte ihre Solidarität gezeigt?). Doch: Die Bolschewiki hatten die ausgerüsteten Soldaten frisch aus dem Krieg

und verloren erstmal mindestens 6/7 des russischen Territoriums, bis sie sich organisieren konnten) - die spanischen Arbeiter standen anfangs mit ein paar Jagdflinten gegen ihr eigenes putschendes Militär (und verloren die eine der beiden revolutionären Säulen: Westandalusien - aber erst an massives Militär und schließlich italienische Panzertruppen - gegen ihre kasernierte Polizei und Falangistentrupps wußten sich die Landarbeiter oft zu wehren). Allein Berneri - dafür von Stalins GPU ermordet - forderte klar, nichts mehr von den bürgerlichen Staaten zu erwarten, sondern "mit einer Entfesselung der Revolte in der islamischen Welt" zu drohen (a. a.O.:S.11) und damit auch Francos marokkanische Söldner abspenstig zu machen. Sollten die Trotzkisten, statt auf Industriearbeiter eingeschworen zu bleiben, plötzlich ein Herz für marokkanische Nationalisten, für wilde Berberstämme entdecken? Jedenfalls wies der linkssozialistische Regierungschef Caballero, der "spanische Lenin", die Bitte marokkanischer Nationalisten um Unterstützung ab und suchte sich mit den Kolonialmächten Frankreich und England zu verständigen (Chomsky, a.a.O.:S.107/8). Hätten also, nach Meinung der Trotzkisten, die Anarchisten eine "proletarische Diktatur" auch noch über fast die halbe Arbeiterbewegung, die ja von den Sozialisten repräsentiert wurde, errichten sollen? Auch die "Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung"(POUM) war, lt. Trotzki, ein Hemmschuh für das Proletariat, hatte sich sogar auf die Volksfront eingelassen. Sollte also die CNT auch über die POUM die Diktatur errichten, statt sie, von den Stalinisten als trotzkistisch verfolgt, dagegen zu schützen? Umgekehrt hatte allerdings der eine Bestandteil der POUM, die "Kommunistische Linke", 1934 mit Trotzki gebrochen, als er sie aufforderte, sich den später so geschmähten Sozialisten anzuschließen!
Jedenfalls hatten die anarchistischen Arbeiter so niedrige materielle Instinkte, daß sie die Wirtschaft organisierten, eine Kriegsindustrie aus dem Nichts schufen und Milizen, statt Trotzkis Soujet-Schema zu realisieren und die Wirtschaft den umfunktionierten Kapitalisten zu überlassen. Sie hatten auch große Bedenken, statt die Front gegen die Faschisten zu halten, sich gegen die stalinistischen Saboteure in der Etappe zu verteidigen. Und sie ahnten vielleicht, daß die Menschen nicht mehr wüßten, warum sie gegen die Franco-Diktatur kämpfen, wenn es dafür auf der eigenen Seite zu einer Diktatur kommt - wie es gegen Ende des Bürgerkriegs durch die Rechtssozialisten und Kommunisten geschah. Trotzki und seine Anhänger machten es sich da leichter: Einmal unterstützten sie die US-Institutionen bei der Suche nach stalinistischen Gewerkschaftlern, ein andermal unterstützten sie bedingungslos Stalins Regime gegen Hitlerdeutschland. Trotzkis Un-

kenntnis und Schematismus bzgl. der spanischen Verhältnisse hier weiter zu verfolgen, ist zu ermüdend. Doch wundert mich, daß die GIM das Parteisprüchlein immer wieder"von höchster Aktualität" finden kann: Nach all den Führungsparteien mit falschem Inhalt muß es halt nur eine mit zufällig richtigem Inhalt geben: Das Falsche an ihnen war nur, daß sie nicht richtig waren.
Zum Grübeln bleibt allerdings, ob aus z.B. 62,73 % Stimmenthaltungen in der Provinz Cadiz, die großenteils der CNT galten, bei den Cortes-Wahlen 1933 (Brey & Maurice: Historia y Leyenda de Casas Viejas:S.77) nicht doch etwas anderes zu machen war, als den rechtsbürgerlichen Parteien die Regierung zu überlassen. Bei jeder Revolution gibt es das Problem der breiten Legitimation, die von der Besetzung der Regierung, des Parlaments oder sonst einer irgendwie offiziellen Institution ausgeht: Trotzki legt Wert auf die Feststellung, daß die Oktoberrevolution nicht von der Partei, sondern dem Militärkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates in Organisierung der Verteidigung gegen die "weißen" Truppen ausgeführt wurde. Retzlaw (Spartakus) berichtet, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nur für den Aufstand gewonnen werden konnten, wenn es aussah, daß - so 1923 - die Hitlerputschisten mit Freikorps gegen die legale Regierung in Berlin marschierten. Auch in Spanien war das Revolutionssignal der Militärputsch gegen die Regierung.
Nun ist Revolution immer <u>Verteidigung</u> von etwas Legitimen. Andalusische Dörfer, ja ganze Regionen Soujet-Chinas hatten auch keine Schwierigkeit, sich darüber einig zu werden, was ihnen legitim erschien. Wo also ländliche Autarkie bestand, konnten sie sich territorial abtrennen und ihre Freiheit errichten. In städtisch- industriell integrierten Gesellschaften aber liegen die Klassen ineinander. Auch klare Arbeiterviertel ("Vorstädte") verschwinden. Hier werden Institutionen gewichtiger. Hier ist noch zu erforschen, was "unsere Macht- und Verwaltungsorgane" sein können.

Bicharraco

EINE GESELLSCHAFT WIRD DICHTGEMACHT

Im Augenblick läuft in München der Prozeß gegen die Genossen des TRIKONT-Verlages als verantwortliche Herausgeber der (ersten) Ausgabe des 'Bommi'-Buches 'Wie alles anfing'. In einer monströsen Anklageschrift wird ihnen 'Verherrlichung von Gewalt' und 'Billigung von Straftaten' vorgeworfen.

Über den genauen Verlauf und das Ergebnis des Prozesses werden wir im nächsten INFO berichten.
Klar ist, daß die zu erwartenden Urteile die weitere Arbeit des Verlages mindestens in ökonomischer Hinsicht entscheidend gefährden können.
Ein Form der Unterstützung würde auf jeden Fall schon einmal darin bestehen, die TRIKONT-Bücher verstärkt zu kaufen, zu verschenken usw..
Dazu hier ein kurzer Hinweis auf einen von TRIKONT zusammen mit KRAMER produzierten SPANNENDEN Text über den genauen Verlauf und die Hintergründe der Exekution an Carrero Blanco:

Am 20. Dezember 1973 explodierte im Zentrum von Madrid eine Dynamit-Bombe. Sie kostete den Admiral Carrero Blanco – genannt der „Menschenfresser" – das Leben.
Erst wollten die vier Widerstandskämpfer der revolutionären baskischen Organisation ETA ihn nur entführen, um die Freilassung von 150 politischen Gefangenen zu erzwingen. Aber dann entschlossen sie sich für ein Bombenattentat. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß der Personenwagen Carrero Blancos mehrere Stockwerke hochgeschleudert wurde.
Carrero Blanco war, nach Franco, der wichtigste Machthaber des spanischen Regimes. Mit seinem Tod verschwand auch ein Mythos: die Unverletzlichkeit des Francismus.
Julen Agirre hat die beteiligten Militanten der ETA befragt.
Sie schildern genau, Tag für Tag, die „Operation Menschenfresser", von der ersten Erforschung des Terrains bis zur endgültigen Entscheidung und der Exekution, beschreiben ihre materiellen Möglichkeiten und Schwierigkeiten bis zur Ausführung des Attentats und ihr Alltagsleben in der Illegalität, während der monatelangen Vorbereitungen.

Politische Buchhandlung GmbH
1 Berlin 45
Unter den Eichen 84d
Ruf 832 83 15

Die ökonomische Situation in unserem Laden ist extrem beschissen.Wir sind auf eure Hilfe angewiesen.Es ist uns klar,dass wir verkehrsmäßig nicht so günstig liegen,wie andere Läden im FU-Bereich.Aber wir meinen,ihr solltet TROTZDEM den längeren Weg in Kauf nehmen,damit es uns weiterhin möglich ist,mit unseren überschüssigen Geldern politische Projekte zu unterstützen(wir sind der einzige Laden im FU-Bereich,der seine Profite abführt).

im Oktober/November haben wir uns folgende Sonderaktionen ausgedacht:

- Wir verramschen eine riesige Menge älterer Titel;
- Wir bieten ein großes Sortiment vergriffener Bücher aus dem Wagenbach- und Fischer-Verlag an;
- Außerdem gibt es im Herbst viele Neuerscheinungen!

Tee,Kaffee und Zeitungen gibts auch.
Wir bestellen euch alle Bücher,die ihr braucht, und dei bei uns nicht vorrätig sind.

das Kollektiv

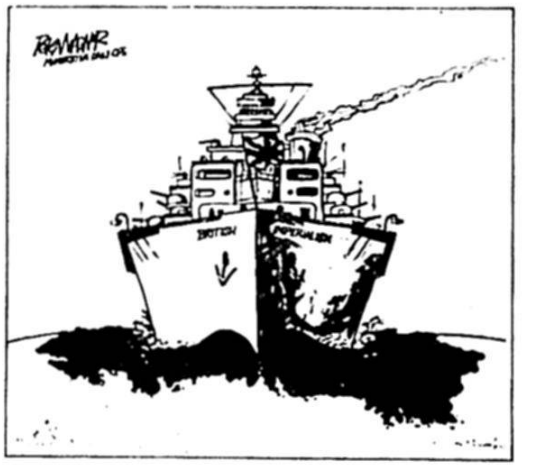
rote hilfe nachrichten rote hilfe westberlin,postfach 210 512,1000 berlin 21

Nächstes Spanien in Europa ....
Todesurteile in Irland

am 9.juni dieses jahres wurde in dublin(rep. irland)das junge ehepaar marie und noel murray zum tode durch erhängen verurteilt.
nach dem tod eines zivilpolizisten durch erschiessen im vergangenen jahr waren zunächst mehr als 200 wohnungen in dublin durchsucht worden.
keiner konnte verhaftet werden,eine konkrete spur war nicht verhanden:dennoch wurde bereits "prophylaktisch"verkündet,die "tat könne nur von anarchisten ausgeführt "worden sein.
weswegen von nun an eine breite propagandakampagne gegen "anarchisten und terroristen" gestartet wurde,die sich konkret gegen mitglieder von komitees für politische gefangene richtete.
monate darauf wurden der öffentlichkeit drei "terroristen" gefangen vorgeführt,die angeblich für den tod des polizisten verantwortlich seien.die polizei stand unter zugzwang, die sache war zur prestigeangelegenheit geworden:täter mußten gefunden werden,ob sie schuldig waren oder nicht.
(die analoge kampagne der frankfurter polizei gegen strecker,ickler u.a.ermöglicht erstaunliche vergleiche!)
noel und marie murray,zwei der verhafteten, wurden sofort gefoltert und im übrigen einem speziellen sondergerichtshof anvertraut,der sich aus armeerichter zusammensetzt.die murrays befanden sich dabei in nebeneinanderliegenden zellen,sollten miterleben,wie der jeweilige partner geschlegen- und endlich unterschrieb der eine für den anderen ein "geständnis",damit dieser von den qualen erlöst wurde.
diese folter(mehrere schwere brüche und blutergüsse)wurden nicht nur von dem gewiß nicht "unparteiischen"militärarzt des curragh-internierungslagers bestätigt,sie waren auch anläßlich des ersten gerichtstermins noch deutlich sichtbar.allerdings weigerte sich das gericht,davon kenntnis zu nehmen,obwohl die murrays nun ihre "geständnisse"zurückzogen und erklärten,wie diese zustandegekommen seien.
der 3.angeklagte,ronald stenson,war ohnehin inzwischen prozeßunfähig gefoltert und befand sich in der psychiatrie:dort für niemanden,auch nicht für einen anwalt,zugänglich.
selbstverständlich fand der prozeß unter ausschluß der öffentlichkeit statt.was alleine schon deshalb notwendig war,weil weder zeugen noch beweise für die tat präsent waren.was wiederum nach den pra tischen neuen irischen sondergesetzen auch nicht nötig ist.es genügt die aussage eines höheren polizeioffiziers, daß nach seinem wissen die delinquenten eben verantwortlich sind.

zwar votierte selbst die konservative irische presse gegen den sondergerichtshof,dies aber nicht für lange,da waren schon 3 führende irische bürgerliche blätter(hibernia,sunday world,irish times)verurteilt wegen "verunglimpfung eines verfassungsinstitutes",nämlich eben jenes sondergerichtshof.

eine äußerst praktische methode,deren unumschränkte übertragung auf die "rechtswirklichkeit"der brd man sich unschwer vorstellen kann.
diese allerdings faschistische infamie,nämlich folter und todestrafe,ist nur zu verstehen vor dem aktuellen politischen hintergrund in südirland = einem neuen spanien in europa.
es herrscht dort neuerdings der ausnahmezustand,der sondergerichte,internierung und die aufhebung aller bürgerliche gesetze impliziert.
und das wiederum ist,weil sich im laufe des jahres statistisch wie real die höchste arbeitslosenziffer,die gewaltigste inflationsrate europas ergab.d.h.:die situation ist potentiell revolutionär.
deswegen versucht der irische staat,orientiert an den modellen der maihofer und prinzing,vorweg jeden politischen widerstand zu zerschlagen,und im übrigen einzuschüchtern.
die irische armee übernimmt neuerdings polizeifunktionen;ohne haftbefehl kann man für 7 tage eingesperrt werden,der verkehr mit den anwälten unterliegt mündlich wie schriftlich der zensur.
isolierzellen und gefängnisse a la stammheim ersetzen die alten einrichtungen.eine pressezensur ist ausdrücklich in den neuen gesetzen verankert.



inzwischen spricht alles dafür,daß marie und noel murray an den galgen kommen sollen.ohnehin ein prestigeobjekt für die polizei,geht es vor allem darum,an ihnen ein exempel zu statuieren,das demnächst auch an der ira und anderen oppositionellen verbrochen werden soll.
die todesstrafe soll in europa wieder gesellschaftsfähig werden,irland macht einen anfang.
die internationalen investoren in irland verlangen ein friedliches,d.h.ausbeutbares land:
den ersten preis sollen die murrays zahlen-
daß sie unschuldig sind,spielt keine rolle.
die sache hat mindestens einen unangenehmen haken für die irische regierung:sie scheut publizität.nicht zuletzt in der angst,der tourismus,der ihr dringend benötigte devisen bringt,möchte leiden.schon im vergangenen jahr ging der anteil des internationalen tourismus

in irland leicht zurück.eine schweizerische reisegesellschaft stornierte ihre tickets im august dieses jahres wegen der neuen "ausnahmegesetze" - ein boykott irlands als touristenland ist durchaus eine reale waffe.
in diesem sinne tut die irische regierung alles, um jede solidarität mit den murrays zu verhindern:fast jedes mitglied des irischen "murray defense committee"war bereits verhaftet,flugblätter werden beschlagnahmt,plakate von polizisten entfernt(wie in frankfurt),versammlungen und märsche werden verboten.
dennoch hat sich internationaler protest und widerstand entwickelt:in tokio,rom,paris,london,münchen,frankfurt.
anfang oktober gehen in irland die gerichtsferien zu ende,die urteile gegen die murrays dürften dann sofort in zweiter instanz bestätigt werden.und dann ist mit ihrer hinrichtung unmittelbar zu rechnen(so ab anfang november).
ein breit angelegter internationaler protest hätte die chance,die vollstreckung der urteile zu verhindern.es kommt darauf an,daß sofort überall solidaritätskomitees gebildet werden, daß man unterschriften sammelt,telegramme schickt,persönlichkeiten für den protest gewinnt,vor allem auch flugblätter vor den touristischen und diplomatischen einrichtungen der republi k irland verteilt.
folgende adressen können benutzt werden:
1)irischer botschafter,53 bonn-bad godesberg, kölner strasse 54
2)president of the supreme court,dublin,phoenix park,republik irland
der inhalt von protestresolutionen könnte lauten:
keine todesurteile in irland
keine sondergerichtshöfe und ausnahmegesetze
freiheit für marie und noel murray und ron stenson

außerdem werden für die verteidigung und die kampagnen für die murrays in irland dringend spenden benötigt:
postscheckkonto 29101-604,internees release association,frankfurt.

WESTDEUTSCHES IRLANDSOLIDARITÄTSKOMITEE

in westberlin ist bisher wenig dazu gelaufen: artikel in den infos 112,115 und 118 und eine unterschriftensammlung bei dem rh-fest im juli im spectrum.
wir finden,daß mehr gemacht werden muß.das murray defense committee hat zu einer protestwoche aufgerufen und den 8.und 20.oktober zu internationalen tagen des protestes erklärt.
das mindeste,was jeder tun kann,ist das schicken von protesterklärungen,resolutionen usw.
wir können nicht warten,bis die murrays tot sind.auf der veranstaltung zur zerschlagung der politischen verteidigung am dienstag in der tu wollen wir über weitere maßnahmen diskutieren. wichtig ist,daß die irischen genossen mitkriegen,daß auch hier was läuft,daß die mauer des schweigens durchbrochen wird. rh

Aktionswoche in Göttingen gegen die Isolationshaft

In der Woche vom 18.1o. bis 22.1o.76 führt eine Arbeitsgruppe der Fachschaftsräteversammlung und das Roth-Kommitee eine Aktionswoche gegen die Isolationshaft durch. Ziel dieser Aktionswoche ist es, die Isolation gegen den gefangenen Drucarbeiter

R a i n e r R e c k e

zu Fall zu bringen und seine Entlassung aus der Klapsmühle, in der die Klassenjustiz ihn psychatrieren will, zu erzwingen.

Rainer Recke ist mit einer kurzen Unterbrechung seit mehr als 4 Jahren inhaftiert. Davor hat er die Unterdrückung in den Heimen bis zum Letzten erfahren. Im Dezember 75 hat ihn die politische Polizei von der Staatsschutzkammer des Göttinger Landgerichts nach einem Jahr Iso-Haft zu weiteren 27 Monaten Haft sowie anschließender unbegrenzter Verwahrung (!) verurteilen lassen. Rainer Recke ist wegen seinem "offenbar tief verwurzelten Hass auf Justiz und staatliche Organe"(Landgericht) ins Irrenhaus gesperrt worden. Er wird dort mit Psychodrogen behandelt und soll so als Revolutionär gebrochen werden. Ihm war vorgeworfen worden, als Mitglied der "Justizguerrilla" Bombenanschläge auf Einrichtungen der Justiz verübt zu haben.

Wir fordern auf, den Kampf gegen die Isolation des Genossen Rainer Recke zu unterstützen. Sendet Solidaritätserklärungen an
Politischer Buchladen
Jüdenstraße 41
3400 Göttingen 1

und schreibt dem Genossen Recke
Rosdorfer Weg 70
Verwahrhaus
3400 Göttingen

An die Rote Hilfe

Ihr habt in letzten Info (Nr.127) eine kurze Notiz über "Dachbesteigung im Fegefeuer Moabit" gebracht, die ich unheimlich arrogant fand. Da hieß es:
"Gegen 13 Uhr stiegen vier Gefangene auf das Dach des Hauses 2 der Feuerler Strafanstalt... Nach einiger Zeit erschien der ehemalige Hausleiter von Haus 1, Detert, auf dem Dach, um zu verhandeln. Ihm gelang es dann auch, die Gefangenen einzulullen."
(von mir unterstrichen)
Ich war zwar noch nicht im Knast, kann mir aber vorstellen, daß da schon ganz nett viel an Überlegung und Mut dazu gehört, so eine Aktion zu machen, denn sowas wird von der Anstaltsleitung doch sofort als Gefangenenmeuterei oder Fluchtversuch klassifiziert, und da kann ich mir vorstellen, daß da auch schnell geschossen wird.
Ich nehme erstmal an, daß die Gefangenen sich vorher schon einige Gedanken zu dem gemacht haben was sie da wollen und wielange sie da oben bleiben wollen bzw. unter welchen Bedingungen sie wieder runter kommen. Und wenn sie nach 2 Stunden vom Dach runterkamen, dann heißt das überhaupt nicht, daß sie sich einlullen liessen. Dieser Kommentar von Euch ist einfach eine Unverschämtheit! Irgendwie hab ich den Eindruck, daß bei Euch so im Hinterkopf steckt: Wenn's bei einer Knastaktion nicht mindestens einen Halbtoten gibt, dann haben die Gefangenen halt nicht hart genug gekämpft...blah,blah

Eine Infolesende Frau

(Fort. aus INFO 126)

Hell wie der helle Tag

Gegen den Lärm passierte nichts. Der Werksgesundheitsdienst verteilte Ohrstöpsel und Watte. Damit konnten aber gerade die Einrichter nichts anfangen, weil sie dann die Zurufe der Frauen (z.B. wegen Maschinenschaden etc.) nicht mehr hören konnten. Von den Kopfschmerzen ganz abgesehen, die diese Dinger hervorriefen. Plötzlich erhielten die ohnehin am besten verdienenden Einrichter 50 Pfg. „Erschwerniszulage". Der Lärm war aber immer noch da und der Betriebsrat rührte sich nicht. Erst jetzt entstand eine wirklich breite Diskussion, in der, vor allem auch von den Bandarbeitern, der Lärm als Bedrohung aller begriffen wurde. Und jetzt waren auch die Vorurteile zu überwinden, die am Anfang (in Bezug auf die Schwangeren) eine einheitlich getragene Aktion verhindert hatten.

Von den Kollegen ermutigt, wandte sich der Vertrauensmann an das Gewerbeaufsichtsamt, schilderte die Zustände im Werk und verlangte eine genaue Überprüfung speziell der Arbeitsplätze, wo Schwangere beschäftigt werden.

All das brachte er auf einer unmittelbar danach stattfindenden Betriebsversammlung vor und verlangte: 1) Einhaltung der Schutzvorschriften für Schwangere. 2) Neutrale Lärmmessungen an allen Gruppen. 3) Beseitigung aller Lärmquellen, die gesundheitsschädlichen Lärm verursachen.

Diese Forderungen fanden die Unterstützung fast aller Kollegen. Und verbunden mit der Einschaltung des Gewerbeaufsichtsamts war die Firma gezwungen, einige Maßnahmen gegen den Lärm einzuleiten: Abdeckung des Pausenraums, Austausch von einigen extrem lauten Vorrichtungen und Maschinenteilen, Bau einer schallisolierten Zwischenwand und sofortige Nichtbeschäftigung Schwangerer im lärmintensiven Teil der Halle. Die Erfahrung dieser Kampagne machten vielen Kollegen klar, daß vom Auftreten des Vertrauensmanns nichts zu erwarten war, solange er nicht seine Kollegen hinter sich hatte.

Die Krise bei OSRAM: Resignation und Politisierung

Vor dem Urlaub 74 wurde von der Werkleitung über Betriebsrat und Vertrauensleutekörper die Information verbreitet, daß die wirtschaftliche Lage bei OSRAM angespannt sei und zu ersten Personaleinsparungen von ca. 100 Arbeitsplätzen im Werk Spandau zwinge, von denen ein Teil aber nach dem Urlaub durch Entlassungen abgewickelt werden müsse. Mehrere Gruppenschichten sollten eingestellt und zwei Fertigungslinien ganz stillgelegt werden, eine Abteilung sechs Wochen lang kurzarbeiten. Gleichzeitig drangen zwei weitere Nachrichten durch: 1) daß der größte Elektro-Konzern der Welt, General Electric, durch Übernahme der AEG-Anteile die Mehrheit bei OSRAM übernehmen will. (Bisher Siemens 43%, AEG 36%, General Electric 21%), 2) daß das Werk Spandau der Leitung des Augsburger OSRAM Lampenwerks mit unterstellt wird. Schon das Zusammentreffen dieser drei Nachrichten machte klar, daß sich hier nicht nur eine allgemeine Krise auf ein Werk auswirkt, sondern daß da ein Zusammenhang besteht, der ganz einschneidende Veränderungen bringen würde.

Diese drei Nachrichten schlugen wie Bomben im Werk ein. Hektische Diskussionen zunächst, dann Resignation, Angst. Alte Spaltungen brachen wieder auf: die sollen die Ausländer nach Hause schicken, der und der ist ja schon längst fällig ... Im Herbst wurden die ersten Schichten stillgelegt. Keiner konnte sich seines Arbeitsplatzes mehr sicher sein, weil angekündigt worden war, daß nicht geschlossene Schichten entlassen würden, sondern daß man sich in allen Abteilungen von einzelnen Mitarbeiter trennen müsse. Jedem war sofort klar, daß das die Lahmen, Kranken, Alten und Aufsässigen sein würden.

Folglich erzielte allein schon die Ankündigung dieser Maßnahmen im Sommer einen starken Effekt: der Krankenstand sank rapide, Pünktlichkeit und Ordnung kehrten ein, alle Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsintensität, die vorher noch als Zumutung abgelehnt worden waren, gingen nun ohne nennenswerten Widerstand über die Bühne. Wer zu spät aus dem Urlaub kam, flog raus und hatte keine Aussicht auf Solidarität seiner Kollegen, selbst wenn es der Zypern-Krieg war, der viele türkischen Kollegen daran hinderte, pünktlich zurück zu sein.

Im Jahr 1974 ging es – trotz Stillegung mehrerer Gruppen – noch ohne größere Entlassungswellen ab. Hier und dort – vernebelt durch ein unübersichtliches System von Hin- und Herversetzungen, wurde mal einer gekündigt, was zwar Unruhe schuf, aber keine, die zu Widerstand führen konnte, sondern die sich als Unsicherheit ausdrückte.
Die Informationspolitik der Werksleitung, der Vorgesetzten und auch des Betriebsrats unterstützten noch diese Verunsicherung der Belegschaft. Mal wurde von einer kurzen „Durststrecke" gesprochen, wo eben mal vorübergehend alle Opfer bringen müßten, dann wieder von zu erwartenden Entlassungen großen Stils.

Auf der Betriebsversammlung vom 15. Januar 1975 hieß es noch, wir hätten keine größeren Personalmaßnahmen mehr zu erwarten. Im Februar ging es dann aber richtig los: die verschleierte Massenentlassung begann, die Freitage wurden zu schwarzen Tagen, die mit Angst erwartet wurden. Beim erstenmal war's noch ein Schock: Freitag, ein paar Minuten vor Schichtwechsel, werden Kollegen, die den ganzen Tag geackert haben, einzeln von den Maschinen geholt, erhalten in der Meisterbude die Kündigung, werden für die 14 Tage Kündigungsfrist ab sofort beurlaubt. Dasselbe in der Nachmittagsschicht, kurz vor 23 Uhr. Hier ist das Schauspiel noch viel auffälliger, weil plötzlich alle Abteilungsleiter, die um 16 Uhr das Werk verlassen, nochmals auftauchen. In der Halle, vor allem unter den Türken (wo sich die einzige türkische Betriebsrätin in dieser Nacht- und Nebelaktion als Dolmetscherin einsetzen ließ), aber auch bei vielen Deutschen, entsteht eine ohnmächtige Wut. Einige Kollegen verlassen die Maschinen und bilden kleine Gruppen, in denen aber keiner die Initiative übernimmt. Man sieht auch deutlich: die in ihrem Glaskasten haben Angst.

Aber es geschieht nichts, auch an den folgenden Freitagen nicht. Jeweils im Zeitraum von vier Wochen gehen jetzt 49 Kündigungen raus. Da generell alle Entlassenen für die Dauer ihrer Kündigungsfrist „freigestellt" werden, geht das fast unsichtbar über die Bühne. Die wissen schon, warum sie die einmal gekündigten nicht mehr im Betrieb haben wollen. Die Geschäftsleitung begründete, nachdem zunächst gar keine offizielle Begründung veröffentlicht wurde, die Kündigungen und dann auch Kurzarbeit mit untragbar hohen Lagerbeständen, Auftragseinbußen und Exportschwierigkeiten. Kurzarbeit wird erst für einige Abteilungen, dann für die ganze Produktion für die Dauer von mehreren Wochen durchgeführt. Die Kurzarbeit bei OSRAM sieht so aus: die Produktion ruht, die Bandarbeiter beziehen für die ausfallenden Wochen ca. 80% ihres Lohnes vom Arbeitsamt. Die Einrichter aber und die Handwerker überholen und erneuern inzwischen den Maschinenpark. D.h. OSRAM macht eine Generalüberholung auf Kosten des Arbeitsamts, d.h. auf Kosten der von den Kollegen an die Bundesanstalt für Arbeit abgeführten Versicherungsbeiträge.

Krise und Klassenkampf

Ja, aber ...

Die Lage bei OSRAM und die Kampfkraft der Belegschaft ließen in der Krise 74/75 breiten und offenen Widerstand nicht zu. Es war nicht mehr drin, als immer wieder durchsichtig zu machen, was hinter den Maßnahmen der Werksleitung steckt, was wir daraus lernen müssen wie sich unsere Lage verändert, und was daraus für uns – für die Belegschaft, für die gewerkschaftliche Arbeit, für den im Frühjahr 1975 neuzuwählenden Betriebsrat für Konsequenzen zu ziehen sind. Aus den nun laufenden Diskussionen schälten sich immer klarer zwei Erkenntnisse heraus, die der weitere Ablauf im Werk konkretisierte und bestätigte: 1. Die Firma benutzt die Krise zu einer gründlichen Säuberung und Disziplinierung der Belegschaft. Nachdem schon vorher gebrechliche, häufig Kranke oder Kollegen mit weniger Arbeitseifer entlassen worden waren, traf die erste größere Kündigungswelle im Februar 75 gleich drei Kollegen, deren Entlassung eindeutig nichts mit den genannten Gründen, auch nicht mit Arbeitsmangel zu tun hatte, sondern eindeutig auf ihre Tätigkeit als Vertrauensleute zurückzuführen war. Der Betriebsrat hatte diese Kündigungen schon unterschrieben, als sowohl die Kollegen als auch ihre direkten Vorgesetzten (Meister und Abteilungsleiter) noch nichts von geplanten Kündigungen erfahren hatten. Das zeigt, daß der tarifvertraglich festgelegte „Schutz der Vertrauensleute" (wonach ihnen aus ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit kein Nachteil entstehen darf) nur dann etwas genützt, wenn volle Übereinstimmung zwischen Betriebsrat, Vertrauensleutekörper-Leitung und den einzelnen Vertrauensleuten darüber besteht, was denn eigentlich „gewerkschaftliche Tätigkeit" ist. Vertrauensleute, die auch den Betriebsratsbossen lästig sind, haben so eher weniger Kündigungsschutz als jeder andere Kollege. Obwohl die Mehrheit der Kollegen begriff, daß es hier ganz offensichtlich darum ging, kurz vor Eröffnung der Betriebsratswahl Leute rauszuwerfen, die durch ihr aktives Engagement zu sicheren Betriebsratskandidaten geworden waren und sich dadurch bei Werksleitung und altem Betriebsrat gleichermaßen unbeliebt gemacht hatten, gelang es anderen Vertrauensleuten, die das als Angriff auch auf ihre Arbeit ansahen, nicht, irgendeine praktische Solidarität der Kollegen zu organisieren. Eine Unterschriftensammlung für eine außerordentliche Betriebsversammlung mit der Tagesordnung: 1. Wirtschaftslage des Unternehmens, 2. Stellungnahme eines Gewerkschaftsvertreters 3. Entlassungen im Werk Spandau, mußte wieder abgeblasen werden. Zwar äußerten fast alle Kollegen ihre Empörung über die vielen Entlassungen und die Maßregelung aktiver Vertrauensleute, scheuten aber selbst bei einer völlig gesetzlichen Aktion wie dieser davor zurück, ihre Unterschrift zu geben. Die entlassenen Vertrauensleute konnten weiter nichts machen als Kündigungsschutzklage zu erheben. Auf den ersten Verhandlungstermin mußten sie sieben Monate warten! Diese Prozesse sind inzwischen gelaufen. Als in den Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht klar wurde, daß die Kollegen gewinnen würden, ging OSRAM schnell auf die von den Vertrauensleuten vorher gestellten 10 000 DM – bei zwei bzw. 3 Jahren Betriebszugehörigkeit! – und kaufte sich so von lästigen weiteren Prozeßterminen mit Beweisaufnahme, Zeugenvernehmung usw. und auch von einer möglichen Wiedereinstellung frei. Die IG-Metall hat diese Kollegen zum Teil gegen den Widerstand des OSRAM-Betriebsrats in den Prozessen gut vertreten. Die Kollegen gingen auf diesen Rauskauf ein, weil sie sicher mit einer Berufungsverhandlung rechneten und bis zu den ersten Prozeßterminen schon ein dreiviertel Jahr vergangen war. Da es der Vertrauenskörper abgelehnt hatte, sie während ihrer Kündigungsschutzklage zum Betriebsrat kandidieren zu lassen was möglich ist und einen guten Schutz für gemaßregelte Kollegen bedeuten könnte – mußten sie befürchten, bei einer gerichtlich erzwungenen späteren Wiedereinstellung sofort wieder gekündigt zu werden. Die Firma OSRAM hatte ihr Ziel erreicht.

2. Die Firma benutzt die Krise zu einer Intensivierung der Arbeit und Rationalisierung der Fertigungsmethoden. Diese allgemeine Strategie des Kapitals wirkte sich bei uns besonders stark aus, da gleichzeitig mit der Krise der OSRAM-Anteilseigner und größte Lampenhersteller der Welt, General Electric (35% am Weltumsatz – Osram 10%) anfing, die Sache stärker in die Hand zu nehmen. Wir brauchen hier nicht näher einzugehen auf die Methoden, mit denen US-Großkonzerne vorgehen, wenn sie sich „kleinere" Firmen einverleiben. General Electric, ohnehin Anteilseigner von Osram, wollte noch die AEG-Anteile übernehmen, um so stärker auf dem europäischen Lampenmarkt einzusteigen und außerdem über die ausländischen Osram Werke auch international zu expandieren. Über ein Jahr wurde hin und her spekuliert, ob General Electric das AEG-Paket kaufen würde oder könnte (die Verhandlungen beim Kartellamt zogen sich hin). Erst Ende 1975 war dann klar, daß nicht General Electric, sondern Siemens die AEG-Anteile kaufen und so Mehrheitsgesellschafter werden würde. Die Ungewißheit über die Zukunft der Firma wirkte sich auch auf die Kollegen aus. Von der Werkleitung konnte diese Unsicherheit zu immer neuen Antreibereien und Rationalisierungen genutzt werden – immer mit der Erklärung: wir können doch den hohen Herren von GE oder Siemens den Betrieb nur schmackhaft machen (und damit unsere Zukunft sicher!), wenn wir die Produktion auf Vordermann gebracht haben. Hinzu kam, daß das neue Werk in Spandau viele Fehlplanungen und Fehlinvestitionen enthielt, daß es noch lange nicht die erwarteten Produktionsleistungen und Rationalisierungseffekt erbracht hat, und die Konzernzentrale, sei sie nun deutsch oder amerikanisch, jetzt die Gelegenheit sah, das Werk mit ra-

biaten Methoden auf Vordermann zu bringen. Deshalb wurde auch die gesamte Führungsspitze umstrukturiert und zum Teil mit Kräften besetzt, die beim Aufbau des Osram-Lampenwerks in Augsburg bewiesen hatten, daß sie keine Maßnahme scheuen, um das Allerletzte aus den vorhandenen Kapazitäten herauszuholen. Denn an Erweiterungsinvestitionen war in dieser Situation nicht zu denken. Da OSRAM auch nicht mehr unbedingt „jede Lampe" brauchte, war die neue Devise: so billig wie irgend möglich zu produzieren. Die Augsburger machten dann auch kurzen Prozeß. Gleich in der ersten Kurzarbeitsperiode wurden in der Leuchtstoff-Stablampenabteilung die Ärmel aufgekrempelt. Die Maschinen wurden generalüberholt, Verbesserungen zur Senkung des hohen Mehrverbrauchs eingebaut – dann wurde von sechs Gruppenschichten eine gestrichen, fünfundzwanzig Bandarbeiter wurden „freigestellt", die Einrichter wurden zu ständigen Wartung der jeweils stehenden Fertigungslinie eingesetzt, die dann bei Bedarf, d.h. bei Maschinenschaden an einer anderen Linie, sofort angefahren werden konnte. Ergebnis: wesentlich höhere Produktionsleistung als vorher mit einer Gruppenschicht mehr, d.h. ganz wesentlich billigere Produktion. In der zweiten Kurzarbeitsperiode vor Weihnachten 74 wurden dann die Maschinen schnellergestellt. An den fahrenden Linien wurden die Meister angewiesen, alle Pausen mit Springern durchfahren zu lassen und zum Feierabend unter Wegfall der Reinigungszeit bis auf den letzten Drücker zu fahren. Die Anzahl der Springer wurde drastisch reduziert, so daß jeder Kollege, der sich krank melden mußte, sicher sein konnte, daß sein Arbeitsplatz sofort fest neu besetzt wurde, und er ihn womöglich nach seiner Krankheit nicht wieder übernehmen konnte. In monatelangem Großeinsatz von Augsburger Fachleuten, Handwerkern und ständigen Überstunden von Einrichtern auch und gerade der kurzarbeitenden Abteilungen (!) wurden hunderte von kleinen technischen Details geändert, wurde eine zweite Linie schnellergestellt. Resultat: Man kann jetzt, im Sommer 75, eine weitere Schicht einsparen. OSRAM wird abermals fünfundzwanzig Arbeiter entlassen, und im Endeffekt kaum weniger, auf jeden Fall aber sehr viel billiger produzieren als vor einem Jahr. Natürlich ist das nur möglich, indem alle intensiver, gründlicher, schneller arbeiten. Und das tun alle, weil Krise ist und weil weitere Entlassungen und Kurzarbeit anstehen. In einer Vorfertigung der Stablampenabteilung, im Elektrodenbau waren vor einem Jahr noch mehr als doppelt so viele Einrichter wie heute beschäftigt. Jeder Einrichter hatte eine Maschine zu fahren, jetzt sind es zwei bis drei. Ältere Kollegen, die bei dieser mörderischen Arbeitshetze nicht mithalten können, verlassen entweder „freiwillig" die Firma oder werden solange weichgeklopft, bis sie mit einer Abfindung von beispielsweise 10 000 DM für fünfzehn bis zwanzig Dienstjahre in gegenseitigem „Einverständnis" gehen. Ihre Arbeit machen dann jüngere Kollegen mit, die diesen Stress noch aushalten, die ihn einfach deswegen aushalten, weil sie genau wissen, wie der Arbeitsmarkt zur Zeit aussieht. In anderen Abteilungen sieht es ähnlich aus. Hier wird zwar tatsächlich weniger produziert, durch Kurzarbeit und Stillegung von Fertigungslinien, gleichzeitig aber der Ausstoß der weiterfahrenden Linien erhöht – oft bis zu 50% höhere Stückzahl. Die Frauen bekommen dafür 30 Pf. mehr die Stunde. Die rigiden Methoden der Augsburger „Besatzungsmacht" stießen aber auch auf Widerstand. Z.B. als die Einrichter gezwungen werden sollten, in der Nachmittagsschicht regelmäßig eine viertel Stunde länger zu bleiben – ohne zusätzliche Bezahlung. Der Trick war, daß einfach die Arbeitszeit verschoben werden sollte, wodurch mittags die Ablösungszeit, wo die Einrichter beider Schichten zur Übernahme der Maschinen eine halbe Stunde gemeinsam da sind, halbiert worden wäre. Der Betriebsratsvorsitzende speiste einzeln protestierende Einrichter ab: „Ihr habt nicht den nötigen Weitblick. Wenn wir nicht wirtschaftlicher arbeiten, verliert auch ihr noch euren Arbeitsplatz". Mit einer Unterschriftenliste, auf der sich mit ganz wenigen Ausnahmen alle Einrichter des Werks entrugen, wurde der Betriebsrat schließlich gezwungen, sein Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der regelmäßigen Arbeitszeit (Betr. V.G. § 37) im Sinne der betroffenen Kollegen wahrzunehmen, und die Anordnung der Werksleitung mußte aufgehoben werden. Während andere Abteilungen wochenlang kurzarbeiteten, also angeblich für die Belegschaft nicht genug Arbeit vorhanden war, wurden über mehrere Wochen hinweg Kollegen aus der Packerei zu Sonnabend-Überstunden gezwungen. Als dann auch noch in derselben Abteilung Kündigungen wegen „Arbeitsmangels" ausgesprochen wurden, soll eine Gruppe türkischer Kollegen gerüchteweise mit Sabotageakten gedroht haben, falls wieder Sonnabends gearbeitet würde. Jedenfalls waren am folgenden Sonnabend morgens 6 Uhr mehrere Polizeifahrzeuge auf dem Werksgelände postiert. Gearbeitet wurde nicht. Der Zusammenhang Kurzarbeit-Überstunden-Entlassungen wurde auch in der Betriebswerkstatt deutlich. Nach Abschluß des Umzugs sollte diese von achtundzwanzig auf zwölf Mann reduziert werden. Das war der Stamm, den die Werksleitung behalten wollte. Obwohl diese Kollegen die anfallende Arbeit gar nicht bewältigen konnten, benutzte man die Krise, die anderen loszuwerden und beschäftigte vorübergehend Leiharbeiter von Fremdfirmen, die jede Menge Überstunden klopften und sogar Sonntags arbeiten kamen. Auf diese Weise wurde OSRAM nicht nur kurz vor Inkrafttreten des für Westberlin gültigen Tarifvertrags über den Schutz von Arbeitnehmern über fünfundfünfzig und mit mehr als zehn Jahren Betriebszugehörigkeit (Zusatz zum Manteltarifvertrag, der Mitte des Jahres gültig wird) eine Reihe solcher Kollegen los, sondern auch noch den stellvertretenden Leiter des Vertrauensleutekörpers: dieser Kollege, einer der höchstqualifizierten Facharbeiter des Werks, neun Jahre im Betrieb, wurde entlassen, nachdem er für seine Abteilung aktiv geworden war, die Notwendigkeit solch drastischer Reduzierung der Arbeitsplätze angezweifelt und in der Pause eine Abteilungsversammlung durchgeführt hatte, wo er die Kollegen über die Pläne der Werksleitung und über die Aussichten, die für jeden einzelnen bestehen, informierte. Als ihm kurz darauf eröffnet wurde, daß er zum 31. Januar gekündigt würde. beschränkte sich der Widerstand gegen diese Maßregelung eines Kollegen auf Meckerei. Drei Monate später wäre er mit Sicherheit in den Betriebsrat gewählt worden – jetzt rührte niemand einen Finger für ihn.

Als im Februar/März in der Halle und im Vertrauensleutekörper die Diskussion über die Kandidatenaufstellung zur Betriebsratswahl in die entscheidende Phase trat, waren die Fronten zwischen den Anhängern des alten Betriebsrats und seinen Kritikern und Gegnern durch die kurz zuvor erfolgte Entlassung von drei aktiven Vertrauensleuten schon sehr verhärtet. Die Türken waren geschlossen wie schon lange nicht mehr, nicht offen aggressiv, eher verbissen und willens, den alten Betriebsrat wegzuputzen. Das konnte sich auch deshalb nicht offensiv zeigen, weil ihre zwei fähigsten und entschlossensten Sprecher ebenfalls kurz vor Eröffnung des Wahlvorgangs entlassen worden waren: der eine, weil er sich individuell gegen die steigende Arbeitshetze gewehrt hatte, indem er ein unzumutbares Quantum an Schweißarbeiten mit dem an seinen Meister gerichteten Kommentar: „leck mich am Arsch" liegengelassen hatte und sich erstmals drei Tage krank meldete, der andere, weil er, als er noch Vertrauensmann war, aus Protest gegen den Betriebsratsvorsitzenden aus der Gewerkschaft ausgetreten war, auf Betriebsratsversammlungen seine Landsleute dazu aufrief, Kandidaten zu wählen, die auf ihrer Seite sind, und der daher als Anführer einer zu erwartenden türkischen Gegenliste galt. Ein anderer Grund ist kaum denkbar, da er mit fünf Kindern nach sozialen Gesichtspunkten selbst bei größeren Entlassungen noch lange nicht hätte gekündigt werden können. Mindestens fünf Kollegen, die in der Diskussion in ihren Abteilungen und darüber hinaus in der ganzen Halle immer wieder als Betriebsratskandidaten genannt wurden, waren also weg, was in der Belegschaft durchals „Wahlkampf der Werksleitung" verstanden wurde. Darüber hinaus mußten sich die Betriebsräte, besonders die freigestellten Vorsitzenden, in der Halle immer wieder anhören, ihnen sei doch die Entlassung von unbequemen Kritikern und aussichtsreichen Alternativ-Kandidaten gar nicht so unlieb. In dieser Situation mußte der Betriebsrat damit rechnen, daß zur Wahl aussichtsreiche Gegenlisten aufgestellt würden, wenn er seine Mehrheit im Vertrauensleutekörper dazu benutzen würde, ihm nicht genehme Kandidaten von der Liste der IG-Metall auszuschließen. Diese Möglichkeit wurde in der Tat in der Halle, vor allem unter den Türken, sehr lebhaft diskutiert. Aus der Diskussion in der Belegschaft kristallisierten sich hauptsächlich drei Forderungen heraus:

1. Persönlichkeitswahl, damit jeder Kandidat einzeln wählbar ist. Das schloß aber mit ein:
2. Aufnahme aller zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten auf die Einheitsliste, damit niemand gezwungen wird, eine eigene Liste aufzustellen, wodurch Listenwahl statt Persönlichkeitswahl stattfinden würde.
3. Speziell: Aufnahme türkischer und jugoslawischer Alternativkandidaten zu den bei ihren Volksgruppen total unbeliebten bisherigen Vertretern (je ein Türke und ein Jugoslawe war drin). An diesen Forderungen konnten weder Betriebsrat noch Vertrauensleutekörper vorbei, wollten sie nicht kurz vor der Wahl noch endgültig beweisen, wie sehr sie an den Interessen der Belegschaft vorbeigehen.

Es kam also zu einer IGM-Einheitsliste von 39 Kandidaten, von denen 15 zu wählen waren. Darauf waren auch die drei 1972 über die CDU-Liste gewählten Betriebsräte, von denen einer inzwischen zum Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (der einzige Arbeiter dort) avanciert war. Drauf waren auch mehrere Vertrauensleute, die sich in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre nicht gescheut hatten, sich für die Interessen ihrer Kollegen zu exponieren. Da der alte Betriebsrat mit einer Selbstverständlichkeit, die von den meisten Kollegen schon als Unverschämtheit angesehen wurde, sich selbst, also den gesamten alten Betriebsrats-Körper, auf die Plätze eins bis fünfzehn der Liste setzte, dann auf die Plätze bis zwanzig seine verdientesten Anhänger, entstand im Werk spontan die Parole: Ab Nr. 20 runter wählen! Dagegen verbreitete der alte Betriebsrat und seine Freunde: Nur 1–20! Schon durch diese Blockbildung war ein Wahlkampf eröffnet, der bis zum Wahltag zu einer sehr scharfen, diesmal politisch gebundenen Polarisierung führte. Diese wurde endgültig verfestigt, als in der von den Kollegen intensiv gelesenen Zeitung der Kommunisten im Betrieb, „KLASSENKAMPF OSRAM" acht Kandidaten zur Wahl empfohlen wurden, von denen am ehesten eine Änderung der alten Betriebsratspolitik zu erwarten wäre. Jetzt wurde von Mitgliedern des alten Betriebsrats, von Meistern, Abteilungsleitern, Vorarbeiterinnen eine hektische Kampagne gestartet: Stoppt die Roten! Keine Stimme den Kommunisten! Auf der Betriebsversammlung direkt vor der Wahl wurde eine lebhafte Auseinandersetzung um die wichtigsten Fragen der Betriebsrats-Arbeit geführt. Vier Punkte standen im Vordergrund:

1. Das Verhalten des Betriebsrats zu Kündigungen. Der bisherigen, vom Konzept der Sozialpartnerschaft getragenen Praxis, Kündigungen außer in krassen Härtefällen ohne Widerspruch hinzunehmen, stand die Forderung gegenüber: Der Betriebsrat hat für die Erhaltung jedes einzelnen Arbeitsplatzes zu kämpfen – nicht nur im Interesse derer, die gekündigt werden sollen, sondern auch im Interesse derer, die sonst nachher mehr arbeiten müssen. Solange eine echte Einwirkung des Betriebsrats auf die Planung des Unternehmens nicht besteht, hat sich der Betriebsrat keine Mitverantwortung bei Kündigungen aufzuhalsen. Er soll also in jedem Fall Widerspruch einlegen, was außerdem den Kollegen, die Klage einlegen, vor dem Arbeitsgericht größere Chancen gibt.
2. Das Verhältnis der Betriebsräte zur Belegschaft. Der bisherigen Betriebsrats-Arbeit hinter verschlossenen Türen, die von Mißtrauen der Belegschaft getragen war stand die Forderung gegenüber: Der Betriebsrat muß die Belegschaft über alles informieren, was nicht ausdrücklich der Geheimhaltungspflicht unterliegt, er muß seine Entscheidungen aus der Diskussion mit den Kollegen treffen und es als sein Hauptaufgabe ansehen, Selbstbewußtsein und Kampfkraft der Belegschaft zu fördern.
3. Das Verhältnis zu den ausländischen Kollegen. Der bisher weitgehenden Nichtberücksichtigung der Interessen der Ausländer stand die Forderung der Türken gegenüber, nicht nur angemessen im Betriebsrat vertreten zu sein, sondern nach einer vollen Gleichberechtigung auch in Krisenzeiten.

( ) regelmäßig ( ) manchmal ( ) selten

4. Die Arbeit im Betriebsrat. Der autoritäre Führungsstil der Vorsitzenden, die keinem anderen Mitglied des Betriebsrates eine Chance zur Entfaltung eigener Aktivitäten ließen, die für sich das alleinige Monopol auf Wissen, Meinung und Entscheidung beansprucht hatten, sollte gebrochen und jedem Betriebsratsmitglied die Möglichkeit zur Aktivität für die Kollegen eröffnet werden.

Das Ergebnis der Wahl spiegelte die im Wahlkampf endgültig vollzogene Polarisierung: fünf wiedergewählten Mitgliedern des alten Betriebsrats standen zehn neugewählte Kollegen gegenüber, darunter alle acht aus dem von der rechten Ecke her so diffamierten „roten Block" unter der Nr. 20, der aber weder ein geschlossener Block, geschweige denn ein „kommunistischer" ist.

Resumé – Stand Juli 1975

Das Ergebnis der Wahlen war auf der einen Seite eine deutliche Niederlage für den alten Betriebsrat. Auf der anderen Seite war die Niederlage aber nicht einschneidend genug, um die alte Betriebsratsspitze abzusägen. Einige der neuen Betriebsräte ließen sich – teils aus Unerfahrung, teils aus Angst vor einem harten „linken" Kurs – vor den Karren des bisherigen Vorsitzenden und seiner engsten Vertrauten spannen und ermöglichten so die Wiederwahl der alten Betriebsratsspitze (Vorsitzender und freigestellte Betriebsräte). Für viele Kollegen war dieses Ergebnis deprimierend („Da kann man machen, was man will, es bleibt doch alles beim Alten"). Diese Niedergeschlagenheit läßt sich zum großen Teil erklären durch die Neigung vieler Kollegen, die Möglichkeiten einer „anderen" Betriebsratsarbeit viel zu hoch einzuschätzen. Besonders die Ausländer hatten sich, vor allem was die Kündigungen betrifft, wahre Wunderdinge von einem neuen Betriebsrat erwartet. Diese Erwartungshaltung brachte einige neue Betriebsräte nach ihren ersten Mißerfolgen im Betriebsrat in große Schwierigkeiten.

Es wird jetzt die Aufgabe sein, das Bewußtsein der Kollegen über ihre eigene Kraft wieder zu stärken und sie davon abzubringen, allein in einer besseren Interessenvertretung durch die von ihnen neugewählten Betriebsräte einen Ausweg aus ihrer bedrohten Situation zu sehen. Das kann z.B. dadurch geschehen, daß die betrieblichen Probleme, Kündigungen, Stillegungen, Arbeitshetze etc., wie bisher auf Betriebsversammlungen besprochen werden und die Aktivitäten auf Abteilungs- und Betriebsebene nicht auf die beschränkt bleiben, von denen man es von vornherein erwartet. Eine solche Entwicklung der Eigenaktivität kann dadurch unterstützt werden, daß den Kollegen nicht wie bisher der Betriebsrat als geschlossener Abwehrblock entgegensteht, sondern einzelne Betriebsräte sie unterstützen. Unsere Erfahrung bei OSRAM ist, daß gerade jüngere deutsche Facharbeiter die vorantreibende Kraft bilden, die nicht nur ihre eigenen Interessen als Einrichter im Auge haben, sondern mit der Verschärfung der Krise mehr für die *gemeinsamen* Interessen von deutschen und ausländischen Kollegen eintreten. Dagegen werden die ausländischen Kollegen in der verschärften Krise immer unsicherer. Ausländerpolizei, Arbeitserlaubnis, Aufenthaltsgenehmigung, Zuzugssperre etc. sind für sie zusätzlich disziplinierende Faktoren und erschweren eine gemeinsame längerfristige politische Arbeit im Betrieb. Hier ist es notwendig, die betriebliche Arbeit durch eine außerbetriebliche zu ergänzen, beispielsweise in der Form eines Ausländerzentrums, in dem die besonderen Probleme der Ausländer (z.B. auch die Unkenntnis über ihre Rechtslage) angegangen werden und wo sich Kollegen aus verschiedenen Betrieben zusammenschließen können. Zweitens erfahren wir gerade in der Krise, daß es jetzt erst recht notwendig ist, in die betrieblichen Aktivitäten möglichst viele Kollegen einzubeziehen und nicht den Fehler zu machen, sich als Einzelner zu exponieren und sich so für eine Kündigung geradezu anzubieten. Nur so kann man die Auswirkungen der Krise, Resignation und Spaltung der Kollegen, überwinden helfen

Stand Anfang 76

Die Kündigungswelle oder besser: Kündigungsflut hielt weiter an. Insgesamt wurden seit dem Umzug ins neue Werk durch „natürlichen" (Abgänge aus Altersgründen etc.) und gewaltsamen Abbau (Kündigungen bis zu 49 im Monat, um Massenentlassung zu vermeiden) die Belegschaft um 1/3 verringert. Dieser Abbau schlug sich vor allem im produktiven Bereich nieder. Davon waren teilweise auch der alte Stamm betroffen. Die Rationalisierungsschraube wurde fester angezogen. Dabei geht man in jüngster Zeit gründlicher vor als vorher. Seitdem Siemens die AEG-Anteile übernommen hat, wird nicht nur innerbetrieblich rationalisiert, sondern auch im überbetrieblichen Rahmen. Die Produktion bestimmter Lampentypen soll auf einzelne Werke konzentriert werden, d.h. man kommt vom Prinzip der Gemischt-Werke ab. So etwas nennt man dann Standortbereinigung. Bestimmte Produktionen werden ganz eingestellt (in den letzten vier Jahren wurden über die Hälfte aller Lampentypen wegrationalisiert). Andere werden stillgelegt, weil die Konkurrenz (in Europa vor allem Philips) für diese Typen bessere und billigere Produktionstechniken entwickelt hat. OSRAM geht dabei so vor, daß diese Typen solange von der Konkurrenz aufgekauft und in das OSRAM-Lampenangebot eingereiht werden, bis OSRAM den Vorsprung der Konkurrenz auf diesem Gebiet durch eigene technische Entwicklungen oder durch aufgekaufte Fertigungslinien wieder wettmachen kann. Ebenso werden im Osram-Werk Spandau bestimmte Lampentypen auch mit „Philips" Stempel für diesen „schärfsten Konkurrenten" hergestellt. Diese Rationalisierungen haben entscheidende Konsequenzen bis zur Stillegung ganzer Werksteile. In diesem Zusammenhang kann man auf die Funktion der Kurzarbeit eingehen. Viele Kollegen und Betriebsräte meinen, durch Kurzarbeit könnten Entlassungen verhindert werden. Teilweise wurde bei Osram aber die Erfahrung gemacht, das Kurzarbeit gerade dazu ausgenutzt wurde, um in den zeitweilig stillgelegten Fertigungslinien technische Veränderungen mit dem Ziel der Personaleinsparung bei gleichzeitiger Produktionssteigerung vorzunehmen. Die Kurzarbeit schuf so also erst die Voraussetzung für weitere Entlassungen. Das bedeutet auch: wenn man was gegen Entlassungen machen will, müßte man schon beim Punkt Kurzarbeit Widerstand leisten (oder zumindest Rationalisierung verhindern). Teilweise wurde auch Kurzarbeit einfach angemeldet, wenn einzelne Fertigungsgruppen technische Störungen hatten. Was früher Stillstandzeiten hieß, heißt dann heute Kurzarbeit. Nur mit dem Unterschied, daß der Produktionsausfall früher von der Firma getragen wurde, während er heute auf Kosten des Arbeitsamtes, d.h. auf Kosten der Beiträge der Kollegen geht. Unter solchen Umständen ist dann auch klar, warum die Sozialabgaben erhöht werden müssen!

Die neuen Betriebsräte haben in der gegenwärtigen Lage wenig Möglichkeiten, in diese Entwicklung so einzugreifen, daß ein Widerstand der Kollegen möglich wird. Diejenigen Kollegen, die auf Betriebsversammlungen der Geschäftsleitung auf die Finger geklopft und auf den Zusammenhang von Kurzarbeit – Rationalisierungen – Entlassungen hingewiesen haben und die auch in ihren Abteilungen darüber wenigstens Gespräche entwickeln konnten, wurden in offener Konsequenz von der Betriebsleitung gefeuert. Allein auf sich angewiesen kann auch der beste Betriebsrat nichts machen – zumal die Betriebsratsmehrheit jede Oppositionshaltung gegenüber der Werkleitung abblockt.

Dazu kam noch etwas sehr Wichtiges: mit der Kündigung der aktiveren Vertrauensleute konnte der vorher einigermaßen funktionierende Vertrauensleutekörper aufs Abstellgleis geschoben werden. D.h., nach der Wahl des neuen Betriebsrats schlief die Vertrauensleutearbeit fast völlig ein, und alle Versuche, diesen Schlaf zu unterbrechen, wurden von der rechten Vertrauensleutekörperleitung abgeblockt. So verlagerten sich die betrieblichen Auseinandersetzungen immer mehr ins Betriebsratszimmer und entfernten sich von den Kollegen. Doch auch die Kollegen, gerade auch die vorher noch handlungsbereiten Einrichter veränderten ihre Haltung und trugen so zur zunehmenden Isolierung der ‚anderen' Betriebsräte bei. Diese Einrichter, die relativ hoch bezahlt werden, wissen von gekündigten Kollegen, daß man in anderen Betrieben nicht nur zu Anfang wesentlich weniger verdient (wenn man überhaupt zur Zeit eine akzeptable Arbeit findet). Ihr gut bezahlter Arbeitsplatz gewinnt also in der jetzigen Krise eine viel größere Bedeutung. Wenn sie vorher zu oft harten Auseinandersetzungen mit Meistern und Abteilungsleitern bereit waren, so sind sie heute eher geneigt, sich mit den Vorgesetzten zu arrangieren, sozusagen einen Burgfrieden zu schließen. Das dient der eigenen Arbeitsplatzsicherung und deckt sich zudem mit Auffassungen, wie sie von rechten Betriebsräten und Gewerkschaftlern geäußert werden: Daß man nämlich in einer Krise der Wirtschaft Zugeständnisse machen muß, um aus der Krise herauszukommen. Also die Devise: Wenn es dem Betrieb gut geht, geht es auch uns gut; geht es dem Betrieb schlecht, muß man als Arbeiter, Gewerkschaftler und Betriebsrat zusehen, daß es dem Betrieb bald besser geht. Man soll – das ist jedenfalls die Erfahrung bei OSRAM – die Wirksamkeit solcher Argumente nicht unterschätzen. Die Position der rechten Betriebsräte hat sich gerade in der Krise unter den Kollegen verstärkt, oder doch wenigstens bei einem entscheidenden Teil der Kollegen. Daß man dagegen was machen muß, ist klar. Mit welchen Mitteln, wie ein Betriebsrat dabei vorgehen sollte oder könnte, kann hier jetzt nicht erörtert werden.

Schluss

Ja, aber...

Der Weinbauerkooperative 1000 Dank.
(die haben einen ganzen Tagesverdienst
fürs INFO gespendet).........prost

Wir haben so viele "Scherben-Artikel", die einen riesen Schwanz von Gegendar=stellungen nachsichziehen würden, dass wir erst mal das Konzert abwarten wollen. Im übrigen findet eine Diskussion im Tommy-Haus saatt.

Info

Lieber FAK-Sommerartikel-Schreiber!
Wir bringen im nächsten Info alles.

&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&

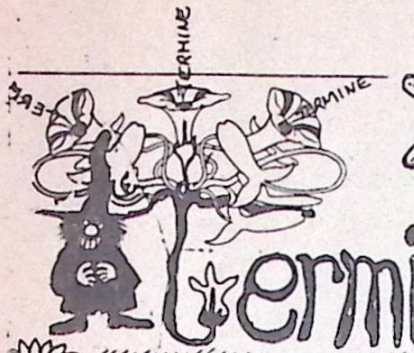
gut funktionierende ente gesucht, nicht zu teuer. tel 392 81 37 stefan

&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&&

anderthalb-zi-whg frei. 9o mark schöneberg tel. 612 42 52

anzeige

im herbst hofften wir zusammenzuwohnen. im juni haben wir im info einmal über unsere hoffnungen geschrieben. aber langsam geht uns, aufgrund der schwierigkeiten bei der wohnungssuche, der lange atem aus. und manchmal überfällt mich angst. ich möchte nicht in meiner augenblicklichen wohnung überwintern. ich träume von einem warmen herzlichen zuhause. und ich weiß, daß ich zur zeit nicht die kraft und offenheit habe, mich auf viele neue menschen einzustellen. ob es irgendwo eine einzelgängerin/einzelgänger gibt, die/der heim-e-lich auf mich wartet? patrick 216 77 36



di
teach-in zur polit.verteidigung um 19.3o h im audimax tu

mi
ph-vv über die aktivitäten im nächsten semester um 1o h

diskussionsveranstaltung mit vertretern fast aller berliner bürgerinitativen + h.ristock: "der verpönte bürger" um 2o h im haus der kriche, 1-12, goethestr.

do
polit. musik heute - konzert mit "oktober" (hamburg) und "schmetterlinge"(wien) in der neuen welt, hasenheide, 4.-dm eintritt

fr
"april im oktober" musik mit ton,steine,scherben, missus beastly, sparifankal und embryo in der neuen welt, 8,- eintritt

so
öffentliche redaktionssitzung der "courage" um 11 h im neuen frauenzentrum, 1-61, stresemannstr.4o

chines.tanztheater peking:"das rote frauenbataillon" am 22./23./25./26.okt. im theater des westens

filme für kinder:
"die squaw tschapajewa"(ddr 1973) am 22.um 16 h im arsenal, am 23. um 17.3o h im kant-kino, am 25. um 1o h in der landesbildstelle (labi)
"euch werd ich's zeigen"(ddr 1974) am 23. um 16 h im arsenal, 24. um 17.3o h im kant-kino, am 25. um 14 h in der labi
"der spacht zerbricht sich nicht den kopf" (udssr 1974/75) am 22. um 17.3o im kant-kino, am 24. um 16 h im arsenal, am 26. um 14 h in der labi
(in der labi laufen die filme umsonst!)

SCHEISSE! ZU DIESEM ARTIKEL SOLLTE NOCH EINE EINLEITUNG GESCHRIEBEN WERDEN, - WEGEN KAD.-STIL UND SO... ABER ES IST SCHON SO SPÄT UND ICH HAB' KOPFSCHMERZEN UND DIE SCHNAUZE VOLL. ICH KANN DAS NICHT MEHR

Kein Gewerkschaftsausschluß für Jens Meyer

Die Jugendgruppe der Drupa muß geöffnet werden

Jens Meyer, ein aktives bewußter Arbeiter, Vertrauensmann und Ersatzpersonalrat in der Setzerei der Bundesdruckerei soll aus der Industriegewerkschaft Druck und Papier ausgeschlossen werden. Der "Grund" den die Gewerkschaftsführung angab, war die angebliche "Mitarbeit in der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands)". Bei einem Protestmarsch von Kollegen zum Gew.-Haus fanden es die Bonzen für nicht nötig den wahren Grund anzugeben. Erst später erfuhren wir ihn durch die zentale Jugendgruppe der DruPa. Es ist einfach die Tatsache, daß J.M. sich nicht von einem Flugblatt der KPD distanziert hat,in dem aufgerufen wurde ihn u. einen anderen Kollegen in den Personalrat der Bundesdruckerei zu wählen..

Was ist der wahre Grund für die Gew.-Bonzen ?

Jens Meyer ist jederzeit für die Interessen der Kollegen eingetreten, z.B.gegen Entlassungen und gegen Rationalisierungen auf Kosten der Kollegen. Er hat mit seinen Kollegen aktiv für die Durchsetzung von mindestens 140 DM, sowie für die volle Einbeziehung der Bundesdruck. in den Arbeitskampf der Druckkollegen gekämft. Er zeigte,im Gegensatz zum Vorstand, praktische Solidarität mit den Mercator-Kollegen bei der Verhinderung der Notausgaben trotz Polizeieinsatz. Er konnte die Koll. davon überzeugen, nicht wegen des Lohnraubabschlusses aus der Gew. auszutreten, sondern sich gerade jetzt aktiv in der Gew. für ihre Interessen einzusetzen. ---Dies alles steht dem Auftrag der Gew.-Führung entgegen. Die will Ruhe u. Ordnung in den Betrieben und der Gewerkschaft. Gerade jetzt mit der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Krise des verfaulten kapitalistischem Systems muß der Staatsapparat und seine Büttel(z.B. Gewerk.-bonzen)die politische Unterdrückung verschärfen. Berufsverbote, Gew.-Ausschlüsse, pol. Entlassungen, 13./14. Strafrechtsänderung, Ausschluß des GEW-Landesverbandes Berlin aus dem DGB sprechen eine deutliche Sprache. So versucht die herrschende Klasse allen fortschrittlichen Menschen, Kommunisten, Antifaschisten und aufrichtigen Demokraten einen Maulkorb umzuhängen. So auch hier im Druckbereich.
Gegen diesen unverschämten Ausschluß von J.M. sammelten Kollegen 80 Unterschriften und 1200 DM für eine Anzeige im Tagesspiegel oder einer anderen Tageszeitung in Berlin, die jedoch von dem Herausgebern verweigert wurde. Es wurden aber insgesammt weit mehr Unterschriften gesammelt u. 30 Kollegen protestierten im DruPa- Haus dagegen.
Die zentrale Jugendgruppe, in der auch Jens Meyer seit langem aktiv mitarbeitet, beschloß mit überwiegender Mehrheit(gegen die SEW-Stimmen), daß er weiterhin daran teilnimmt. Am 1.Sep. stellte Landesjugendleiter u. SEWler Schmider die Scheinalternative "entweder Jens verläßt die JG oder sie wird aufgelöst". Wir ließen uns von diesem Reaktionär Schmider nicht einschüchtern, sondern führten die JG, selbst nach den Drohungen die Bullen zu holen, weiter. Schmider und seine SEW-Kumpanen verließen dieJG.
Darauf beschloß der Vorstand die JG bis auf weiteres zu schließen.

HIER GEHT'S WEITER

Jens Meyer muß in der Gewerkschaft bleiben!
Sofortige Öffnung der zentralen JG!
KAMPF DER UNTERDRÜCKUNG!
Ihm war die Arbeit der JG für unsere Interessen schon lange ein Dorn im Auge. Wir aber brauchen die JG, um unsere Interessen gegen Kapitalisten, Staatapparat und seine Handlanger, usw.
gez. zwei Kollegen aus der Druckindustrie

KLEIN ANZEIGEN

München !
Hallo Fips! nach 2-monatigem Nachdenken bin ich zu dem Schluß gekommen, daß es besser für Dich ist, wenn ich sage, daß Du recht hattest. Bei meiner Meinung bleibe ich trotzdem.
Brigitte

Der Schwarzen Rose vom info-bug vielen dank fürs fest. damit koennen wir jetzt das info weiter machen,ohne finanzielle sorgen.den leuten aus der T. strasse sei hiermit auch nochmal gedankt für die kräftige finanzhilfe.

für unsere,nur noch auf 2 frauen reduzierte kleine wg nicht todernster,aber problembew. mann (ab ca. 27 j.) gesucht,der schon ein bißchen was "geschnallt" hat und aus einer Übergangslösung heraus mit uns gemeinsam eine durchdachte perspektive bzgl. einer erweiterung der wohnräume als auch der personellen konstellation entwickeln möchte. 8523548 di. ab 2o uhr

kita-elterninitiative hat noch platz für kinder von 1 – 1o jahren,auch für restgruppe aus cinder- bzw. schülerladen.wir arbeiten schon seit einigen jahren in einem haus in kreuzberg.tel. 6182358

suchen dringend jemanden,der sich mit einem russen im knast schreibt(in russisch!) 6246892 (nach 2o uhr öfters versuchen).

treffen der wgi (wohngemeinschaftsinitiative) am 21.1o. um 19 uhr im bierkeller des studentenheims dauerwaldweg 1

suche zi in lieber wg oder nette 1 zi-wohn. in kreuzberg oder schöneberg.bibo 6926932

teilgruppe der wgi sucht fabriketage oder so was zum wohnen. christa 3942927

es ist kalt! wir brauchen dringend einen öl ofen bis 5o dm. tel 8819183

1-2 zi-wohnung gesucht.möglichst tierg., wilmersd.,schöneb. oder charlottenb. bernd 8812838

3 monate alter strubbeliger colliemischling an nette leute abzugeben, die einen garten oder so was haben und hunde gern mögen. tel. 8819183

suchen wohnung! 5-7 zimmer soll sie haben. verdienstbescheinigung vorhanden.8819183

buchhändler,3o,sucht platz in wg und job im linken buchhandel (sortiment o. verlag) zuschriften an das info für heino.

wir sind eine nette wg in spe und suchen eine 5-u. mehr zi-wohnung; außerdem suchen wir noch 2 frauen. harald 8156443

suche mfg für 23.1o. nach tübingen. heide 6128488

suche dringend 2-2 1/2 zi-wohnung in friedenau o. umgebung. claudia 612469o

2 erzieherinnen mit heimerfahrung suchen stelle in heim- o. wohngemeinschaftsbereich anne verlangen 2155473 öfter versuchen.

suche dringend elektrokocher.tel.3135065 1o–15 uhr michael

studi(germ,gesch.)22j. sucht zi in wg oder 1 zi-whg.raum kreuzb./neukölln bevorzugt, friedhelm 6245962

DIESES FOTO STAMMT AUS EINEM AUTOMATEN, – IST DAHER NICHT BESONDERS

suche 2 katzenkörbe.tel. 3933491

1 zi-whg. frei für frau.tel.6912168

klitzekleine mansardenwhg. in kreuzberg waldemarstr. ab sofort frei.miete + nebenkosten +tel. knapp 1oo dm.6184935 tina

we are driving

wir suchen mitreisende nach nepal ende okt. im gemütlich eingerichteten magirus-deutz. 4-6 wochen soll es dauern und es soll ein prima trip werden.7oo dm. dupres/grenier schöneberg, eberstr.7o,Hh.,1.etage rechts

wedding.....wedding.....wedding
wir suchen für unsere Andere werkstatt noch liebe fachmänner o. -frauen für die bereiche holz + elektro,weil wir selber noch nicht soviel ahnung haben.ab 1.nov. wollen wir unsere werkstatt (textil,holz + elektr)gemeinsam einrichten.meldet euch mal bei m ni ka 465498o.nächster werkstattstreff sonntag

schreibtisch zu verkaufen,hildegard 465498o

verkaufe r25/2 motorrad (bmw).motor neu überholt.115o dm. tel. 3227470

leo hat immer noch eine schrankbadewanne zu verkaufen. 7512341

jugendwohnkollektiv/arbeitskollektiv – treffen in ulmbach vom 29.1o.–1.11.76 für bewohner und mitarbeiter aus den kollektiven.kontakt. ute armanski,pariserplatz 2, 8 mün. 8o

DEN SOZIALAMTARTIKEL BRINGEN WIR SPÄTER

portugal news
bei der rockfete "kutte komm rin" am 22.1o. gibs informationen über ein sponti-camp in portugal, wir wollen auch was verkaufen, das wir aus portugal mitgebracht haben,um unten ein kulturzentrum zu unterstützen. also vergeßt das moos nicht!

rosi wird schon wieder ein jahr älter, herzlichen glückwunsch!!?

dringend! (m 22,w 23,w1o mon.)suchen und gm leute im selben alter auch mit kind für eine wg,die mehr wollen als nur nebeneinander herzuleben. 6148224 asta

hans sucht 2 zi-whg. oder zi. in wg, dringend 8812838

audi 6o an bastler billig abzugeben.tüv mai 76,fährt noch,steuerkette wird bald reißen 8822209

micha,2o,stud.politologie sucht zi. in wg. mit lauter netten undogm. leuten.6933892

Liebe Grüße an HORST ZUM GEBURTSTAG

peter tauscht referendarplatz jura in b–chum gegen einen in berlin. 465498o

suche musikübungsraum 3o–1oo qm,desweiter teppiche + eine kochplatte.ralf 8173818

gebe citroen 2cv4 ,bauj. 7o an bastler. tüv bis ende 77. verkaufe 2 bundeswehrschlafsäcke. 3954873

1o zu verkaufen,bj.66,kein tüv.brauche das geld für führerschein 6031041

GÄNGSTERSYNDIKAT !!